

Kommunalwahlprogramm Piratenpartei 2016

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Göttingen braucht uns!	4
Transparenz, Ehrlichkeit, Bürgernähe und Demokratie	5
Offene Fraktionssitzungen	5
Bedeutung der Volksvertretung	5
Arbeitsweise im Stadtrat	6
Arbeitspensum	6
Die Bedeutung des Wahlprogramms	6
Ortsräte/Stadtbezirksräte	6
Beteiligung von Studenten	7
Bürgerbegehren	7
Respekt vor Bürgerengagement	7
Copyright-freie Dokumente	8
Datenschutz	8
Finanzen und Wirtschaft	9
Transparenz der Geldflüsse	9
Sparkasse	9
Bürgerhaushalte	9
Hauptwohnliche Anmeldung von Studenten	9
Aspekte kommunaler Wirtschaftspolitik	10
Flüchtlingspolitik für Göttingen	11
Partnerschaft zu Qamishlo	11
Wohnungsbau	11
Überforderung der Behörden	11
Integration	12
Umgang mit Konflikten	12
Sinti und Roma	12
Abschiebungen	12
Baupolitik	14
Wohnungsbau	14

Bauausschuss	14
Planungsqualität in umstrittenen Bauprojekten verbessern	14
Bürgerbeteiligung	15
Stadtbaurat Dienberg	15
Historischer Stadtkern	16
Aufenthaltsqualität in der Innenstadt	16
Architektur	16
Stadt- und Raumplanung	17
Grünanlagen	17
Leinewehr	18
Wasserschutzgebiete	18
Lichtverschmutzung	18
Verkehrssicherheit vor Werbung	18
Kosten für Grundstückseigentümer	19
Umgang mit leerstehendem Wohnraum	19
Verkehr	20
Verkehrsausschuss im Stadtrat	20
Ampeln	20
Fußgänger	21
Radwege und Grünpfeil für Fahrräder	21
Weender Tor	22
eRadschnellweg	22
Forderungen bei neuen Radverkehrsprojekten	23
Parken in der Innenstadt	24
ÖPNV	24
Fernbusse	24
Straßenbahn und Bahnverkehr	25
Lärmschutz Bahn	25
E-Mobilität	26
Ausbau der Schnellladeinfrastruktur	26
Freigabe der vorhandenen Busspuren	26
Umwelt	27
Ausgliederung der Unteren Naturschutzbehörde aus dem Baudezernat	27
Wertschätzung der Arbeit der Naturschutzbeauftragten	27
Kleingärten	27
Schutz von Bäumen und Parkanlagen	28

Änderung der Baumschutzsatzung	28
Dachbegrünung.....	29
Bodenversiegelung und Parkplätze	29
Wasserschutzgebiete.....	29
Landwirtschaft	31
Flächenverbrauch ist Ackerlandverbrauch.....	31
Kritik an fragwürdigen Vorschriften.....	31
Tierschutz.....	32
Kultur und Freizeitangebote.....	33
Theater, Musik, Film	33
Kultur im digitalen Wandel	33
Zugang zu Literatur	33
Stadtarchiv.....	33
Kunstquartier	34
Partnerstädte	34
Naherholung, Schwimmstätten	34
Rosdorfer Baggersee	34
Trinkwasser in der Innenstadt.....	35
Sport.....	36
Entsiegelung asphaltierter Spazierwege	36
Golfplatz	36
Freier Internetzugang.....	37
Energiepolitik.....	38
Geothermie	38
Windenergie	38
Solarenergie.....	38
Wasserkraft	39
Elektromobilität	39
Soziales.....	40
Bedingungsloses Grundeinkommen	40
Gutscheine.....	40
Schulen und Bildung.....	41

Einleitung

Göttingen braucht uns!

Freier Zugang zu Wissen und Kultur, die Wahrung der Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung sind auch auf kommunaler Ebene die Grundpfeiler der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Nur auf dieser Basis kann eine von den Bürgern getragene, sozial gerechte, freiheitlich-demokratische Grundordnung bewahrt werden.

Die Piratenpartei ist Teil einer weltweiten Bewegung, die die Bürgerrechte stärken, Mitbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe ausbauen will.

Wir wissen, dass wir Piraten als einzige Partei, die in Göttingen zur Kommunalwahl antritt, keine starke Präsenz auf Bundes- und Landesebene haben. Unsere Stärke beziehen wir Göttinger Piraten aus unserer Arbeit vor Ort selbst. Auf der kommunalen Ebene hängt viel von den Personen ab, die aktiv sind. Wir haben in den vergangenen fünf Jahren durch unsere erfolgreiche Arbeit im Stadtrat und Kreistag einen soliden Grundstein gelegt, auf den wir die nächsten fünf Jahre aufbauen wollen. Keine andere Partei hat pro Person mehr Anfragen und Anträge im Stadtrat eingebracht als die Piraten. Demokratie macht Spaß und es lohnt, sich zu engagieren.

In Göttingen beschäftigen uns neben den Kernthemen der Piratenpartei (Bürgerrechte, Transparenz, Datenschutz, freier Zugang zu Informationen) lokale und regionale Vorhaben, insbesondere in den Bereichen Verkehr, Baupolitik und Umwelt.

Göttingens Stadtpolitik braucht eine wählbare Alternative zu den verfilzten Strukturen von SPD, Grünen und CDU, die nach zu vielen Jahrzehnten Alleinherrschaft eingefahren, mutlos, ideenlos, austauschbar und kraftlos geworden sind. In der Verkehrspolitik liegt sehr viel im Argen, in der Baupolitik müssen Bürger mehr beteiligt werden und auch in der Umweltpolitik wird zu wenig getan.

Wir werden uns auch in Zukunft im Rat und seinen Gremien für mehr Menschlichkeit und die Einhaltung von Grundrechten einsetzen, insbesondere auch für Flüchtlinge. Fraktionsübergreifende Projekte wie zum Aufbau einer Städtepartnerschaft zu Qamishlo in Syrien oder für die Aufhebung des Badeverbots am Rosdorfer Baggersee werden wir fortführen.

Transparenz, Ehrlichkeit, Bürgernähe und Demokratie

Transparenz ist eine Forderung, die bei uns ganz oben auf der Agenda steht. Das gilt auch für die Göttinger Verwaltung und Stadtpolitik. In den letzten Jahren wurde das von den Piraten etwa einmal pro Monat anlässlich unterschiedlichster intransparenter Vorgänge immer wieder angemahnt. Jede Stimme für die Piraten ist eine Stimme gegen Politik hinter verschlossenen Rathaustüren.

Mailinglisten für Bürger seit 2007: Warum mauert die Verwaltung seit 8 Jahren?

IWF 2012: Wie ist der Verkauf des Grundstücks zustande gekommen? Warum haben die Parteien der Naturzerstörung zugestimmt? Was ist dem Eigentümer unter der Hand alles versprochen worden?

Parkscheine seit 2013: Warum kommt die rathausinterne Untersuchung keinen Schritt weiter?

Voigtschule seit 2013: Warum gab es kein gerechtes Vergabeverfahren?

Groner Tor 2014: Warum wurden die Verkehrsflächen so sehr verengt? Warum haben die drei großen Parteien jegliche Bürgerbeteiligung verhindert?

Golfplatz in Geismar 2015: Wessen Interessen sollten hier bedient werden?

Denkmalsockel vor dem Bahnhof 2015: Wer waren die treibenden Kräfte in Politik und Verwaltung hinter diesem Projekt? Wer hat es wirklich durchgesetzt?

Kunstquartier 2015: Wer hatte die Idee, das Städtische Museum und das Stadtarchiv anzugreifen? Warum gab es keinen fairen Architekturwettbewerb?

Datenschutz 2016: Was ist die Ursache für das Versagen des Datenschutzes im Rathaus?

Fast jedes zehnte Vorhaben im Bauausschuss ist betroffen. Und das ist nur die Spitze eines Eisbergs.

Offene Fraktionssitzungen

Die Piraten-Ratsfraktion hat gute Erfahrungen mit öffentlichen Fraktionssitzungen gemacht. Wir haben nichts zu verbergen. Die Transparenz schadet uns nicht, sie ist ein wesentlicher Teil unserer Identität. Im Netz kann sogar jeder nachlesen, wieviel Geld wir aktuell in der Kasse haben.

<http://www.piratenpartei-goettingen.de/kreisverband/finanzen>

<http://www.piratenpartei-goettingen.de/ratsfraktion/finanzen>

Auch die Protokolle der Fraktionssitzungen stehen schnell und zuverlässig auf unserer Homepage.

http://www.piratenpartei-goettingen.de/category/protokolle/protokolle_ratsfraktion

Das wollen wir so beibehalten. Alle sind ausdrücklich und sehr herzlich dazu eingeladen, zu unseren Fraktionssitzungen zu kommen, sich mit einzubringen und Anfragen und Anträge mit auszuarbeiten. Die Demokratie braucht Menschen, die sich engagieren.

Piraten stehen für eine neue politische Kultur.

Bedeutung der Volksvertretung

Die Piraten nehmen die Arbeit in der Volksvertretung ernst. Dies gilt auch für den Stadtrat. Es ist Aufgabe jeder gewählten Volksvertretung, die Verwaltung zu kontrollieren. Wir kritisieren an den anderen Parteien, dass sie diese Aufgabe vernachlässigen. Es reicht nicht aus zu sagen "wir machen das ehrenamtlich, haben daher keine Ahnung und können die Verwaltung gar nicht kontrollieren". Wer genau hinsieht und sich einarbeitet, erkennt häufig einen Mangel an Professionalität in den Arbeiten, die die Verwaltung abliefert. Ganz besonders gilt dies im Bau- und Verkehrssektor, aber auch beim Datenschutz.

Der CDU werfen wir vor, dass sie viel zu häufig ihre Aufgabe als Oppositionspartei nicht wahrnimmt. Gerade bei qualitativ minderwertigen Planungen wie am Groner Tor ist die kritiklose Zustimmung eine Vernachlässigung der von der Verfassung vorgesehenen Aufgaben einer Opposition in einem parlamentarischen System.

Arbeitsweise im Stadtrat

Wir stehen für eine pragmatische, vorurteilsfreie, undogmatische und sachorientierte Politik. Wenn wir einen Antrag einer anderen Partei vorgelegt bekommen, lesen wir ihn durch, beurteilen ihn und stimmen so ab, wie wir seinen Inhalt beurteilen. Es liegt uns fern, einen Antrag einfach nur deswegen abzulehnen, weil er von einer anderen Partei ist, oder der anderen Partei zu unterstellen, mit einem Antrag "in Wirklichkeit" andere Ziele zu verfolgen. Darin unterscheiden wir uns von den anderen Parteien.

Als Piraten sahen wir uns in der letzten Ratsperiode häufig mit solchen stereotypen Verhaltensweisen konfrontiert, beispielsweise wenn wir uns für Tierschutz oder für Verbesserungen im Radverkehr eingesetzt haben.

Die CDU stimmt immer noch fast grundsätzlich gegen jeden Antrag, der von den Linken eingebracht wird – und wenn es nur um die Tagesordnung geht. Diese Arbeitsweise ist uns fremd, wir halten so eine Art politischer Kultur für provinziell und nicht mehr zeitgemäß.

Arbeitspensum

Mit einer einfachen Grafik lässt sich veranschaulichen, dass die mit zwei Sitzen vertretenen Piraten in der vergangenen Ratsperiode pro Person deutlich mehr Anfragen und Anträge gestellt haben als alle anderen Parteien. Martin Rieth sowie zunächst Tobias Schleuß und danach Meinhard Ramaswamy haben ein hohes Arbeitspensum vorgelegt.

Wir werden auch in Zukunft fleißig arbeiten. Aus einem anderen Grund lassen wir uns nicht in den Stadtrat wählen.

Wir bitten bei der Wahl um alle drei Stimmen für die Piraten, damit wir mehr Sitze in der Vertretung bekommen und die Arbeit auf mehr Personen verteilen können.

Die Bedeutung des Wahlprogramms

Wir Piraten wollen das, was in unserem Wahlprogramm steht, nach der Wahl auch umsetzen und werden sich dafür einsetzen und stark machen.

Natürlich muss man in einer Demokratie Kompromisse schließen und kann nicht alles durchsetzen, was im Programm steht. Wieviel man umsetzen kann, hängt von den Wahlstimmen ab, die die Mehrheitsverhältnisse festlegen, und der Anzahl der Personen, die hinterher die Arbeit leisten können, das Programm umzusetzen. Nicht akzeptabel ist es jedoch, nach der Wahl mehrmals das Gegenteil von dem zu tun, was im Programm steht.

Sich an das eigene Wahlprogramm zu halten ist ein Zeichen von Ehrlichkeit und Respekt gegenüber den Wählern. Dieses Piraten-Kommunalwahlprogramm 2016 wurde maßgeblich von denjenigen verfasst, die sich darauf vorbereitet haben, hinterher auch in den Gremien zu arbeiten. Wer Piraten wählt, kann sich darauf verlassen, dass wir wissen, wofür wir angetreten sind.

Ortsräte/Stadtbezirksräte

Die Piraten haben sich seit langem für demokratische Vertretungen in allen Teilen des Stadtgebiets eingesetzt. Am 12. Februar 2016 hat der Stadtrat mit den Stimmen von SPD und CDU es abgelehnt zu prüfen, was es kosten würde, Stadtbezirksräte für alle einzurichten. Es bleibt vorläufig dabei, dass nur 48 % der Bürger Göttingens eine Vertretung auf Stadtviertel- oder Ortsebene haben, 52 % nicht.

Wichtig ist uns jedoch, dass die Stadt die Entscheidungen vor Ort auch respektiert, damit die Mitglieder der Gremien in den Stadtvierteln oder Bergdörfern nicht das Gefühl bekommen, ihr Engagement wäre umsonst.

2014 entschied der Göttinger Stadtrat gegen das einstimmige Votum des Ortsrates in **Nikolausberg** bezüglich der Lage einer Baufläche. Die Piraten protestierten dagegen. Wir sahen darin eine Respektlosigkeit gegenüber

der gewählten Vertretung vor Ort. Beide vorgeschlagenen Varianten waren so gut wie gleichwertig.

Auch der Ortsrat in **Geismar** wurde in der Vergangenheit nicht genügend respektiert, wenn es um das Thema Verkehr geht. Dasselbe gilt für den Ortsrat in **Weende**. Vom Weender Freibad gar nicht zu reden.

Wir werden im Stadtrat mehr Druck machen, die Arbeit der Stadtviertelvertretungen als höherwertig zu betrachten.

Beteiligung von Studenten

Besonders in der Verkehrsplanung wirkt es sich schon seit Jahrzehnten sichtbar aus, dass Studenten, die ein hohes Bildungsniveau haben und über 25 % der erwachsenen Bevölkerung in Göttingen ausmachen, nicht in der Göttinger Stadtpolitik beteiligt sind.

Das Problem ist, dass wir Piraten genau wie die anderen Parteien durchaus engagierte Studenten haben, die sich gerne beteiligen würden. Doch diejenigen, die bereits jetzt gewählt werden können, werden in 1 bis 3 Jahren Göttingen verlassen - und die, die danach kommen, werden sich nicht an der Ratsarbeit beteiligen dürfen, da sie nicht auf der Wahlliste gestanden haben.

Studenten haben eine durchschnittliche Verweildauer von 3 Jahren, die Ratsperiode beträgt 5 Jahre.

Eigentlich wäre es gerecht, dem 46-köpfigen Stadtrat ein Gremium hinzuzugesellen, welches aus etwa 17 Studenten bestehen würde, die im einjährigen Turnus im Rahmen der Uni-Wahlen gewählt werden könnten. Diese Überlegung sollte zumindest dazu führen, dass in den Ausschüssen, von deren Arbeit ihre Interessen betroffen sind, direkt gewählte Studenten der Hochschulgruppen beteiligt werden. Wir plädieren auch dafür, ihnen Stimmrecht zuzugestehen.

Dies trägt dazu bei, dass die Qualität der Ratsarbeit und der Verwaltungsvorlagen vor allem in den Politikfeldern erhöht werden könnte, die die Studenten betreffen.

Bürgerbegehren

Die Piraten fordern bundesweit mehr direkte Demokratie - auch in Göttingen. Wir unterstützen Versuche, Bürgerbegehren einzureichen, und werden auf der Landesebene weiter Druck machen, damit Bürgerbegehren in Niedersachsen erfolgreicher sind. Während in Bayern durchschnittlich pro Gemeinde alle 30 Jahre ein Bürgerentscheid erfolgreich ist, erleben wir das in Niedersachsen nur alle 225 Jahre. In Göttingen wurden drei Bürgerbegehren 2015 für unzulässig erklärt. Zwei davon wären in Bayern erlaubt worden.

Die schlechte Qualität der Göttinger Stadtpolitik, vor allem im Bau- und Verkehrssektor, führen wir direkt darauf zurück, dass das Einreichen von Bürgerbegehren gegen umstrittene Projekte praktisch unmöglich ist. Nur dort, wo die Bevölkerung per Gesetz nichts zu sagen hat, kann eine Verwaltung machen, was sie will.

Wir sehen darin auch einen Grund für die zunehmende Politikverdrossenheit, die sich in immer niedrigeren Wahlbeteiligungen niederschlägt.

Wir werden uns in Göttingen weiter für Bürgerbegehren einsetzen und dafür, dass die kaum zu erreichende Unterschriftenzahl von 9300 reduziert wird.

Respekt vor Bürgerengagement

Freiwilliges politisches Engagement von Bürgern in einer Stadt schätzen wir als einen sehr wertvollen Beitrag ein, wir haben davor hohen Respekt und es stimmt uns traurig und nachdenklich, wenn Bürgerinitiativen oder Vereinen wie der Freibad-Förderverein in Weende respektlos und nichtachtend vorgeworfen wird, sie würden nur Partikularinteressen vertreten. Menschen, die sich in ihrer Umgebung wohl fühlen und sich dafür einsetzen, dass das so bleibt, verdienen Unterstützung. Jemand, der freiwillig und unentgeltlich als gewählter Vertreter im Stadtrat oder in einem Ortsrat tätig ist, ist nicht wichtiger als jemand, der mit ebenso hohem zeitlichen Aufwand ein Amt in einem Verein oder einer Bürgerinitiative wahrnimmt.

Gerade Bürgerinitiativen können erstaunliche Ergebnisse erzielen, die denen überlegen sein können, die

durch Engagement in Volksvertretungen erzielt werden. Nie darf vergessen werden: Der Ausstieg Deutschlands aus der Atomkraft geht zu einem großen Teil auf das Konto einer Bürgerinitiative; der Bürgerinitiative Umweltschutz e.V. Lüchow-Dannenberg, die 30 Jahre lang immer wieder von neuem massive Proteste gegen Castor-Transporte auf die Beine gestellt hatte. Abgeordnete in Parlamenten alleine hätten diese historische Leistung niemals vollbringen können. Wer geringschätzig über Bürgerinitiativen spricht, hat ein wichtiges Detail unserer Demokratie nicht verstanden.

Copyright-freie Dokumente

Die Piraten werden sich im Rat weiterhin dafür einsetzen, dass die Dokumente, die von der Verwaltung mit Steuermitteln erstellt werden, von allen Bürgern ohne urheberrechtliche Einschränkungen genutzt werden können.

Das erstreckt sich ausdrücklich auch auf die Unterlagen, die von Architekturbüros eingereicht und durch Bedienstete der Stadt begutachtet werden (beispielsweise im Rahmen von städtebaulichen Wettbewerben). Es muss möglich sein, diese zu nutzen und mit den Bildern zu arbeiten. Die Verwaltung stöhnt über ein Überangebot an Teilnehmern bei Architekturwettbewerben. In einer solchen Situation kann man Auflagen bezüglich der Verwertungsrechte durchsetzen.

Datenschutz

Der Schutz der Privatsphäre liegt auch im Göttinger Rathaus im Argen. Wenn es darum geht, Daten von Bürgern einzufordern, ist die Verwaltung schnell dabei. Beim Schutz der Daten offenbaren sich bei näherem Hinsehen dagegen unhaltbare und teils chaotische Zustände. So müssen Bürger in den Zimmern der Behörden, die für Sozialleistungen zuständig sind, ausführlich über ihre persönlichen Verhältnisse Auskunft geben - obwohl nichtbeteiligte Personen im selben Amtszimmer sitzen und zuhören. Datenschutz ist eines der Kernthemen der Piratenpartei und wir werden uns auch dafür einsetzen, dass dieses Thema im Rathaus endlich ernst genommen wird.

Finanzen und Wirtschaft

Viele Kommunen und Landkreise haben einen desaströsen Finanzhaushalt bzw. sind gedeckelt. Ziel unserer Politik ist es, diese Finanzhaushalte langfristig zu sanieren. Die Bürger dürfen dabei jedoch nicht doppelt zur Kasse gebeten werden, etwa durch Kürzungen von Leistungen.

Transparenz der Geldflüsse

Eine solide Finanzwirtschaft ist die Voraussetzung für das Funktionieren jeder Kommune. Aber Finanzen müssen auch transparent, Geldflüsse offen einsehbar sein. Wir Piraten halten uns selbst an diese Grundüberzeugung und veröffentlichen auf unserer Homepage alle Geldflüsse unserer Partei und Ratsfraktion. Jeder kann im Internet nachsehen, wieviel Geld wir heute auf dem Konto haben. Wir machen damit gute Erfahrungen.

Von der Stadt erwarten wir mehr Transparenz. Das gilt auch für städtische Subunternehmen. Wir sehen es als sehr problematisch an, wenn Teilbereiche städtischer Verantwortung in Gesellschaften städtischer Eigenbetriebe (GöSF, GWG und andere) ausgegliedert werden, wenn Schattenhaushalte entstehen und dadurch Geldflüsse intransparenter und Kontrollmöglichkeiten eingeschränkt werden.

Sparkasse

Gewählte Ratsmitglieder sitzen ohne Stimmrecht in den Gremien der Sparkasse. Eine Stimme für die Piraten im Rat bedeutet, in den Sparkassengremien kritische Fragen zu stellen. Dort gibt es durchaus etwas zu fragen.

Hier unterscheiden sich die Piraten von allen anderen Parteien. 300 Euro bekommt jedes Ratsmitglied für die Teilnahme an der einmal im Jahr stattfindenden Sparkassen-Verbandsversammlung - und nur die Piraten stellen dort kritische Fragen. Beispielsweise nach den Wucherzinsen für das geringfügige Überziehen des Girokontos. Über 16 % Zinsen verlangt die Sparkasse dafür. In Zeiten, in der sich die Bank für fast 0 % Zinsen selbst Geld leihen kann. Wir protokollieren Sitzungen und veröffentlichen die Protokolle auf unserer Homepage.

Wir Piraten werden auch in der kommenden Ratsperiode kritische Fragen stellen, zu Wucherzinsen, zu fragwürdigen Investitionen, zu intransparenten Finanzgeschäften und zur nicht demokratischen Förderpolitik der Sparkasse.

Bürgerhaushalte

Die Piratenpartei setzt sich für die Durchführung eines Bürgerhaushalts für die Stadt Göttingen und den Landkreis ein. Der Bürgerhaushalt ist eine direkte Art der Bürgerbeteiligung. Die Verwaltung eines Kreises, einer Stadt oder einer Gemeinde bemüht sich dabei um mehr Haushaltstransparenz und lässt die Bürger über Teile der frei verwendbaren Haushaltsmittel mitbestimmen. Über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel entscheiden die Bürger mit. Die Verwaltung begleitet diesen Prozess vorwiegend moderierend und beratend. Mit dem Bürgerhaushalt soll die Verschwendung öffentlicher Mittel, wie zum Beispiel durch unwirtschaftliche Prestigeprojekte, reduziert und die Bevölkerung an kommunalen Entscheidungsprozessen stärker beteiligt werden.

Hauptwohnlige Anmeldung von Studenten

Die Stadt behauptete auf Anfrage, 90 % der in Göttingen wohnenden Studenten seien hier hauptwohnlige gemeldet. Dies entspricht nicht unseren Beobachtungen. Hauptwohnsitze sind deswegen wichtig, weil die Stadt pro Einwohner wichtiges Geld an Zuweisungen erhält.

Die "Aktion Heimspiel", im Zuge derer sich Studenten bei der Anmeldung einen Vorteil sichern können, ist nicht sehr erfolgreich. Vielen ist das System zu kompliziert, andere halten wenig von den Vorteilen und nutzen sie kaum.

Die Piraten plädieren dafür, weitere Optionen zu prüfen und Erfahrungen anderer Uni-Städte einzuholen. Falls die Piraten mehrere Sitze bekommen, wollen wir selbst Zeit in die dazu notwendigen Recherchen investieren, da wir bislang nicht den Eindruck hatten, dass die Verwaltung sich dieser Aufgabe annimmt. Wir hatten 2015 eine Anfrage gestellt, die lustlos beantwortet wurde.

Aspekte kommunaler Wirtschaftspolitik

Die Piraten in Göttingen stehen für eine Politik, in der die Kommunen sich gegenseitig respektieren und füreinander im Rahmen ihrer Möglichkeiten Verantwortung übernehmen. Das Ausspielen einer Nachbarkommune gegen die andere in einer Art ruinösem Wettbewerb passt nicht in unser Verständnis verantwortungsbewusster Kommunalpolitik.

Ein Beispiel: 2015 stand die Entscheidung an, ob wir die Errichtung von zwei Großmöbelmärkten an der Autobahnausfahrt Göttingen-Mitte befürworten sollten. Es war berechnet worden, dass Northeim in der betroffenen Branche 20 % seines Umsatzes verlieren würde. Göttingens Neuansiedlung hätte viele Northeimer Arbeitsplätze in Bedrängnis gebracht. Gieboldehausen und Duderstadt waren auch betroffen.

Mit dem Gedanken einer vorausschauenden Regionalplanung war dieses Vorhaben nicht zu vereinbaren. Eine Entscheidung für die Neuansiedlung schadet letztlich beiden Kommunen. Wir haben deswegen gegen das Projekt gestimmt.

Der lokale Einzelhandel vor allem in der Innenstadt leidet unter unnötigen Verboten, zu hohen Kosten und ungünstigen Bedingungen. Die Fußmattendiskussion hat verdeutlicht, dass seitens der Stadt Defizite in der Würdigung der Bedeutung des Einzelhandels bestehen. Der Leerstand in der Innenstadt sowie sichtlich ungesunde Fluktuationen in Ladenzeilen wie der Weender Straße zeigen deutlich, dass hier etwas getan werden muss.

Flüchtlingspolitik für Göttingen

Wir haben nach 2014 immer mehr festgestellt, dass mit zunehmendem Engagement freiwilliger Helfer es zunehmend ein Nachteil ist, dass die freiwilligen Helfer zwar eigene Organisationsstrukturen haben, diese aber weder mit dem Rathaus noch mit den Betreiberfirmen (Bonveno) auf Augenhöhe kommunizieren. Die selbstverwalteten Organisationsstrukturen der freiwilligen Helfer sollte mehr Anerkennung erfahren, sie sollten als Strukturen Schutz genießen und als ernstzunehmende Ansprechpartner wahrgenommen werden.

Bei der Belegung sollte die Stadt auf die Erfahrung der freiwilligen Helfer vor Ort zurückgreifen, und nicht einfach Personen in irgendwelche Zimmer einweisen, ohne mögliche Konflikte zu berücksichtigen. Hierzu ist eine deutlich bessere Kommunikation der städtischen Verwaltung mit den Kräften vor Ort notwendig. Die Belegung der Betten sollte nicht fernab im Rathaus stattfinden, sondern den organisierten Strukturen vor Ort überlassen werden. Bislang (März 2016) läuft es so, dass im Rathaus die einzelnen Betten belegt werden und es zu Konflikten in den Wohnheimen kommt, die vermeidbar wären, wenn die Kräfte vor Ort bei der Belegung der Zimmer gefragt würden.

Partnerschaft zu Qamishlo

Die Piraten wirken aktiv (zusammen mit der LINKEN) auch zukünftig darauf hin, zur kurdischen Universitätsstadt Qamishlo in der demokratisch selbstverwaltenden Region Rojava städtepartnerschaftliche Beziehungen aufzubauen. Die Unterstützung des Aufbaus ziviler, demokratisch verfasster Strukturen und funktionierender Bildungssysteme kann ein Beitrag sein, den Menschen sowohl jetzt schon als auch nach dem Ende des Bürgerkrieges Perspektiven und Zukunftschancen in dem Land aufzuzeigen, aus dem sie geflohen sind.

Viele der zu uns kommenden Menschen sind von Kriegs- und Gewalterfahrungen traumatisiert. Bei weitem nicht alle verfügen über eine Ausbildung, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt gefragt ist. Menschen in Not zu helfen, ist jedoch eine moralische Aufgabe – und ethische Gebote werden da bedeutsam, wo sie eben gerade nicht mit dem eigenen Vorteil vereinbar sind. Wir Piraten sehen

Wohnungsbau

In Göttingen müssen wir die Probleme vor Ort lösen. Bei dieser Wahl werden Stadtrat und Kreistag gewählt. Es ist wichtig genau hinzusehen, welche Volksvertretung gewählt wird und welche Kompetenzen, Möglichkeiten und Aufgaben sie hat. Flüchtlinge werden vom Land zugewiesen und müssen einquartiert werden. Hierfür muss Wohnraum bereitgestellt werden. Stadtrat und Kreistag werden über die Lösungen informiert, können jedoch selbst wenig beitragen. Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge wird vom Land festgelegt. Die PIRATEN wollen weiterhin darauf drängen die zahlreichen Leerstände zu nutzen, um Flüchtlinge dezentral unterzubringen.

Überforderung der Behörden

Integration darf nicht an Bürokratie scheitern. Behörden sind mit den Herausforderungen durch die hohe Anzahl an Schutzsuchenden oftmals überlastet - auch im Göttinger Rathaus. Unsere Forderung, mehr Stellen zu schaffen, richtet sich an die Bundesebene und darf kommunale Haushalte nicht noch mehr belasten. Die Situation im Rathaus ist so, wie sie ist, und wir müssen auch heute genau hinsehen, was dort passiert.

Das gilt auch für die **Einwohnermeldebehörde**. Es ist sicherlich weder eine Arbeitserleichterung noch ein

Beitrag zum Abbau der Arbeitsbelastung im Rathaus, wenn bei der hauptwöhnlichen Anmeldung nun auch noch eine Bestätigung des Vermieters vorgelegt werden muss - eine aus unserer Sicht unnötige Verpflichtung, die bereits abgeschafft worden war und nun wieder hervorgeholt wurde. Mehr Bürokratie bedeutet weniger Lebensqualität. Die Wartezeiten in der Behörde werden nicht kürzer. Gleichzeitig wurden die Strafen verschärft, wenn man seinen Wohnsitz zu spät anmeldet. Die Piraten plädieren für verlässliche und weite Kulanzspielräume.

Jemand, der ins Rathaus kommt und aufgrund der Überlastung nicht bedient wird, sollte, um keine Fristen zu versäumen, verlässlich eine Bestätigung ausgestellt bekommen, dass der oder die Betroffene für die Überschreitung der Fristen keine Verantwortung trägt. Es darf nicht sein, dass Betroffene auf den guten Willen einzelner Behördenmitarbeiter angewiesen sind.

Integration

Unerlässliches Gegenstück zur Willkommenskultur ist Integrationsbereitschaft. Dass heute weltweit viele Menschen mit Deutschland und Europa die Hoffnung auf ein besseres Leben verbinden, liegt an den Werten und Gesetzen, die unser Zusammenleben regeln und uns als Gesellschaft ausmachen. Wir Piraten bekennen uns zu einer Leitkultur der Bürger- und Menschenrechte: Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Aufklärung, die Trennung von Religion und Staat, freie Meinungsäußerung, Gewaltmonopol des Staates und die Gleichberechtigung der Geschlechter – all diese Dinge sind nicht verhandelbar. Hier zu leben, bedeutet, diese Ordnung zu unterstützen und an ihr teilzuhaben. Umgekehrt gilt aber auch: *Jeder*, der sich zu diesen Werten einer offenen Gesellschaft bekennt, soll hier eine Heimat finden können – egal woher er kommt.

Umgang mit Konflikten

Konflikte müssen offen angesprochen, mit klarer Haltung und gegebenenfalls konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaats beantwortet werden, egal ob es um sexuelle Übergriffe, Gewalttaten oder „nur“ um geplünderte Obstgärten geht: Schweigen gefährdet all das, was in unserem Land in den vergangenen Jahrzehnten erkämpft worden ist, und treibt die Betroffenen rechten Bauernfängern in die Arme. Das Zurückweichen vor anderen Wertvorstellungen und falsche Rücksichtnahme vor vermeintlichen kulturellen Empfindlichkeiten sind der falsche Weg.

Dass im Frühjahr 2015 aus Angst vor „kulturellen Missverständnissen“ in Göttingen ein Sexclub schließen musste, weil die Stadtverwaltung in einer anderen Etage des Gebäudes Flüchtlinge unterbringen wollte, ist ein Beispiel für diese verfehlte Integrationspolitik.

Sinti und Roma

Für Roma gelten aus historischen Gründen besondere Bedingungen, da diese seit dem 14. Jahrhundert als Minderheit in Europa leben und Teil der europäischen Kultur sind. Nazi-Deutschland hat etwa 500.000 Angehörige der Minderheit ermordet. Hieraus ergibt sich eine besondere Verantwortung. Die Stadt Göttingen sollte dies aus Sicht der Piraten bei der Umsetzung von Abschiebungsaufforderungen berücksichtigen und sich diesen widersetzen.

Abschiebungen

Viele Menschen empfinden die hohe Zahl Schutzsuchender als eine zu hohe Belastung unserer Gesellschaft. Sie sprechen sich dafür aus, dass die Kommunen ihren Teil dazu beitragen, möglichst viele Menschen wieder

aus Deutschland auszuweisen.

Die Göttinger Piraten haben hierzu keine Einheitsmeinung, sehen jedoch Abschiebungen in vielen Fällen sehr kritisch und unterstützen das Kirchenasyl. Ausdrücklich widersprechen wir der von Gerichten geäußerten Auffassung, das gesamtgesellschaftliche Interesse an Abschiebungen übersteige das Schutzbedürfnis der einzelnen Person. Gesellschaftliches Interesse kann nie das Schutzbedürfnis der einzelnen Person übersteigen.

Göttinger Piraten haben sich in den vergangenen Jahren immer wieder gegen Abschiebungen engagiert, insbesondere bei Familien, die schon seit vielen Jahren hier lebten. Dabei wurde an die Menschlichkeit des Oberbürgermeisters appelliert, der einen gewissen Handlungsspielraum hat.

Die Kriminalität ist bei Personen, die nach Deutschland eingewandert sind nicht generell höher als bei Menschen, die hier aufgewachsen sind. Alle, die in Deutschland straffällig werden, müssen vor dem Gesetz gleich behandelt werden. So kann es nicht sein, dass Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft mit einer Ausweisung härter bestraft werden können als deutsche Bundesbürger. Bei einer Ausweisung sind oft die Kinder, meist hier aufgewachsen, hart bestraft, für Fehlverhalten der Eltern. Ausweisung von Kindern, die hier in Deutschland aufgewachsen und verwurzelt sind, können wir Piraten nicht akzeptieren.

Baupolitik

In der Bau- und Verkehrspolitik treten die Unterschiede zwischen den Parteien sehr deutlich zutage. Intransparenz, Mausehelei und oft sehr schlechte Planungsqualität sind die Hauptprobleme, bei denen Piraten im Stadtrat immer wieder gegen alle anderen Parteien stehen.

Auch im Abstimmungsverhalten wirkt sich das aus. So waren die Piraten die einzige Partei, die von Anfang an gegen die ausnehmend schlechte Planungsqualität der Groner Tor-Bebauung Stellung bezogen hatte. Im IWF-Bauprojekt am Nonnenstieg hatten die Piraten ebenfalls als einzige Fraktion dagegen gestimmt.

Baupolitik wird eines unserer Schwerpunktthemen in der nächsten Legislaturperiode sein.

Wohnungsbau

Die Verwaltung unter der Leitung von Oberbürgermeister Köhler hat im Wohnungsbau die Hauptarbeit zu leisten, er hat dabei die Unterstützung aller Parteien, auch unsere. Wenn wir an dieser Stelle billigeren Wohnraum fordern oder versprechen würden, wäre das Populismus. Alle Parteien setzen sich derzeit gleichermaßen für dieses Ziel ein.

Die SPD hat in der Vergangenheit in undurchsichtigen Verfahren große Grundstücke Privatinvestoren zugeschoben, wie beispielsweise das IWF-Gelände. Dies war keine gute Strategie. SPD-Politik ist hauptverantwortlich dafür, dass Wohnen in Göttingen heute so teuer ist. Der seit 2014 amtierende OB Köhler steht für die Stärkung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus, er hat auch darin ausdrücklich unsere Unterstützung. Denjenigen in der SPD, die Wohnungsbau weiterhin Privatinvestoren zuschieben wollen, erteilen wir eine Absage.

Die Piraten lehnen es ab, die Bedürfnisse von Kleingärtnern gegen die von Wohnungssuchenden auszuspielen, und stehen geschlossen hinter den Kleingärtnern. Mehr dazu im Abschnitt "Umwelt".

Bauausschuss

Der Bauausschuss, der bislang auch einige Verkehrsthemen behandelte, tagt am häufigsten und gilt als der bedeutendsten Ausschüsse im Stadtrat. Die Piraten hatten dort bislang kein Stimmrecht (das gibt es erst ab etwa 6 %).

Verkehrspolitik wurde im Bauausschuss bislang nicht sehr ernst genommen. Wir treten dafür ein, dass die Verkehrsthemen in einem eigenen Ausschuss behandelt werden.

Wir bemängelten im Bauausschuss der vergangenen Ratsperiode eine oftmals überforderte Sitzungsleitung (der SPD). Bürger wurden ungleich behandelt und bei kritischen Stellungnahmen oft rüde unterbrochen, während Investoren sich das Wort selbst erteilen durften. Debatten im Ausschuss wurden schnell mit dem Hinweis auf Zeitmangel unterbunden, Architekten durften jedoch in ellenlangen Vorträgen längst verworfene Baupläne vorstellen.

Der Bauausschuss war mit Abstand derjenige mit der unfreundlichsten Atmosphäre von allen. So wurde immer wieder Bürgern und Journalisten untersagt, am Beamer gezeigte Präsentationen abzufotografieren. Im Kreistag ist dies schon seit 2014 erlaubt.

Planungsqualität in umstrittenen Bauprojekten verbessern

Bei einzelnen Bauprojekten muss man unterscheiden zwischen unstrittigen und strittigen. Letztere erfordern genaueres Hinsehen. Das ist im Bauausschuss häufig nicht erwünscht. Wir wollen, dass sich das ändert, und fordern eine bessere Planungsqualität ein.

Die Piraten kritisieren auch die vielen Gefälligkeitsgutachten bei Bauprojekten, die oft keiner Prüfung standhalten, den Steuerzahler viel Geld kosten und nur bestimmten Interessen dienen, kaum aber der Allgemeinheit.

Bürgerbeteiligung

Besonders bei der Baupolitik setzen die Piraten auf eine ehrliche und ernstgemeinte Bürgerbeteiligung. Beispiele der jüngsten Vergangenheit zeigen, dass dies bisher nicht gewünscht war. Anfang 2014 hatte sich das Baudezernat im IWF-Bauplanungsverfahren durch ihren kompromisslosen Kurs endgültig in eine völlig verfahrenere Situation manövriert. Damals meinte der Bauausschussvorsitzende der SPD, die Stadt müsse sich Bürgerbeteiligung "neu denken", so wie bisher könne es nicht weitergehen.

Wie das gemeint war, kristallisierte sich kurze Zeit später heraus: Im umstrittenen Groner Tor-Bauverfahren wurde von vornherein faktisch jede Bürgerbeteiligung ausgeschlossen. Die Beteiligung der Öffentlichkeit beschränkte sich auf zwei Info-Veranstaltungen, in der darüber informiert wurde, was entschieden wurde. Jegliche Kritik war zwecklos.

Die Piraten sind strikt dagegen, dieses Modell zukünftig bei allen umstrittenen Projekten anzuwenden. Stattdessen sollte bei umstrittenen Projekten auf eine ehrliche Weise das Gespräch mit der kritischen Bevölkerung und Kompromisse gesucht werden, wie es in einer modernen Demokratie geboten wäre.

Stadtbaurat Dienberg

Gegen Ende der Ratsperiode steht die Wiederwahl des Leiters des Baudezernats an. Wir werden Stadtbaurat Thomas Dienberg nicht wiederwählen.

Sollten wir aufgrund des Wahlergebnisses vor einer Übernahme von Verantwortung für die Haushaltsplanung stehen, wird die vorzeitige Entlassung des Baudezernenten und ein damit einzuleitender Neuanfang in der Bau-, Verkehrs- und Umweltpolitik zu den Hauptforderungen gehören. Die damit verbundenen zusätzlichen Kosten müssen berechnet werden.

Der Hauptgrund liegt im verlorenen Vertrauensverhältnis und in einer nicht akzeptablen Behandlung von Bürgern bei umstrittenen Bauprojekten. Hinzu kommen unzureichende Leistungen vor allem in der Verkehrs- und Umweltpolitik.

1. Herr Dienberg hat in der vergangenen Ratsperiode den Stadtrat und die Öffentlichkeit wissentlich falsch informiert. Nachweisen konnten wir das am 9. Juli 2015 mit seiner Behauptung, in einem Gutachten von 2014 sei das Vorkommen von Amphibien auf dem Groner Tor-Baugrundstück ausgeschlossen worden. Das Gutachten konnte später überprüft werden, ein Amphibienvorkommen war dort berichtet worden.

Ein solches Verhalten widerspricht dem Verständnis ehrlicher Politik, für die wir Piraten stehen. Wir hatten daraufhin seinen Rücktritt gefordert, diese Forderung ist nach wie vor aktuell.

Von einem Spitzenbeamten erwarten wir persönliche Integrität und die Wahrnehmung einer Vorbildfunktion. Als Parlamentarier sind wir bei unseren Entscheidungen darauf angewiesen, dass die Informationen, die wir von der Verwaltung erhalten und die uns als Grundlage dienen, der Wahrheit entsprechen.

2. Herr Dienberg praktizierte bislang einen kompromisslosen Kurs im Stil der 1970er Jahre, der Bürgern faktisch jegliche Mitsprache verweigerte. Einwände und Anregungen von Bürgern in Auslegungsverfahren wurden immer wieder vollständig und pauschal abgebugelt. Zu den Aufgaben einer städtischen Bauleitplanung gehört es, zwischen den Interessen von Investoren und Naturschützern/Anwohnern/Bewohnern eines Stadtviertels eine faire Abwägung zu treffen. Am Leineberg wurden 2012 alle 50 Einwände zurückgewiesen, im IWF-Verfahren 2014 ließ das Baudezernat 425 von 426 Anregungen und Einwänden ablehnen - jede mit einem anderen Grund. Darunter auch Anregungen der Grünen und der Piraten. Auch danach hat sich der Dezernatsleiter immer wieder einseitig auf die Investorenseite gestellt. Dies ist keine akzeptable Art, mit Bürgern umzugehen, und darf sich in solchen Formen nicht wiederholen.

Wir Piraten erwarten von einer Dezernatsleitung, dass sie das Gespräch mit der Bevölkerung sucht und über die Sozialkompetenz verfügt, in umstrittenen Projekten erfolgreich faire Kompromisse auszuhandeln. Was auf

keinen Fall vorkommen darf, ist, dass die Verwaltung zu verhindern versucht, dass Bauherren sich mit Bürgerinitiativen aus eigenem Interesse zusammensetzen und ihrerseits Kompromisse suchen.

Historischer Stadtkern

Die heute noch verbliebenen Reste der historischen Innenstadt, die im Krieg nur zu 2 % zerstört wurde, dürfen ihren Charakter nicht immer weiter verlieren. Die Göttinger Stadtpolitik hat bis heute nicht begriffen, was für einen enormen Schatz diese Innenstadt birgt. Jede abgerissene Bausünde wird durch eine neue ersetzt (letztes Beispiel Stadtbadareal). Noch heute werden in Göttingen 500 Jahre alte Fachwerkhäuser abgerissen, um Platz für hässliche Plagiate von Investoren zu machen (Lünemann-Gelände Kurze Geismar Straße). Denkmalschutz gilt als lästig (Stockleff-Mühle).

Andere Städte wie Lyon oder Amsterdam haben das Problem längst erkannt und schützen sehr streng ihre historische Bausubstanz. In vielen Städten darf in solchen Gebieten nur noch mit Fachwerk gebaut werden. In Göttingen geht es dagegen immer noch zu wie in den 1970er Jahren.

Aufenthaltsqualität in der Innenstadt

Wie begrüßen die in den vergangenen Jahren vorgenommenen sensiblen Umbaumaßnahmen von Straßen in der Innenstadt, die inzwischen mit Beteiligung der Bürger vorgenommen werden und eine höhere Aufenthaltsqualität zur Folge haben. Niedrige Bordsteine, Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, dazu ein wenig mehr Stadtgrün und ein ansprechender und haltbarer Bodenbelag tragen deutlich zur Aufwertung des Stadtbildes bei.

Wünschenswert wäre noch ein Konzept für eine Umgestaltung der Goetheallee sowie des Bahnhofsvorplatzes. Ein Vorbild wäre die Goetheallee in Weimar, mit viel Grün und einladener Gastronomie in einer historischen Stadt, während Göttingens Goetheallee eher als eine lieblose und funktionale Asphaltwüste mit Parksuchverkehr und deplatziert wirkenden Bäumen erscheint, die nur darauf zu warten scheinen, endlich gefällt zu werden. Auch Göttingen ist eine historische Stadt, und wer am Bahnhof ankommt und zu Fuß mit Rollkoffer in die Innenstadt geht, sollte in einem einladenden Ambiente willkommen heißen werden und die einmalige Kulisse historischer Innenstadtbauung als ein in einer deutschen Großstadt seltenes Erlebnis wahrnehmen. Der Parksuchverkehr wirkt unprofessionell. ('Parken in der Innenstadt' siehe auch unter dem Themenpunkt "Verkehr".)

Unsere Forderung nach einem Umbau des Bahnhofsvorplatzes geht in dieselbe Richtung. Wir sind überzeugt, dass Göttingens Bürger ihre Gäste lieber in einer schöneren und harmonischeren Atmosphäre willkommen heißen möchten, und nicht inmitten von Verbotsschildern und Beton. Wir Piraten treten auch für eine Entfernung des Denkmalsockels ein.

Architektur

Piraten treten dafür ein, dass Bürger mitbestimmen können, wie ihre Stadt aussieht. Die Forderung, dass Großprojekte öffentlichen Benotungen standhalten müssen, erheben nur die Piraten. Keine andere Partei macht sich hierzu Gedanken.

Architekten müssen durch Leistung überzeugen. Dazu zählt auch, die Bevölkerung mitzunehmen. Der Architekt, der mit Windausweg, Alfred-Delp-Weg und Seniorenresidenzen mindestens zehn Großbauprojekte in Göttingen in ein und demselben Baustil realisiert hat und immer wieder städtische Aufträge erhält, ist in Berlin 2014 in einem Bürgerentscheid auf ganzer Linie gescheitert (Tempelhofer Feld).

Moderne Architektur muss mehr können und kann mehr. Es wird Zeit, dass auch in Göttingen die Bevölkerung mitentscheidet.

Die Piraten fordern Änderungen in den Vergabebedingungen bei Architekturwettbewerben und endlich

auch eine andere Besetzung von Jurys. In den Wettbewerbsjurs sitzen jedes Mal dieselben Leute aus einem internen Zirkel, die sich gegenseitig die Aufträge zuschieben.

Der von vielen als unattraktiv empfundene Baustil des modernen Einheitsbreis ist eine der Hauptursachen dafür, dass eine Bebauung mit über 4-5 Stockwerken in der Stadt nicht akzeptiert wird. Selbst Kinder empfinden die modernen Gebäude Göttingens als grau und trist. Ein phantasievollerer und abwechslungsreicherer Baustil, der den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird, könnte nicht zuletzt eine Akzeptanz für eine höhere Bebauung bewirken. Die Stadt verbaut sich buchstäblich Möglichkeiten.

Die Piraten traten 2013 dafür ein, auf dem Nonnenstieg-Gelände ein Wohnhaus im Hundertwasser-Stil zu bauen. Sogar Hundertwassers Architekt hatte seine Unterstützung zugesagt. Verhindert haben es die Verwaltung und die SPD mit dem Argument, es kämen nach Göttingen sonst zu viele Touristen, dies würde die Straßen verstopfen.

Man kann sich auch noch kniffligere Aufgaben stellen. Es ist in Göttingen tatsächlich verboten, das Dach bei einem direkt an einem Gehweg stehenden Haus so weit hervorstehen zu lassen, dass Fußgänger darunter im Regen bequem entlanggehen können, ohne nass zu werden. Warum eigentlich?

Das Beispiel zeigt, wie weit sich Göttingens Baubürokratie schon von den Bedürfnissen der Bevölkerung entfernt hat. Wir haben den Willen, auch so etwas zu verändern.

Stadt- und Raumplanung

Der Bauausschuss ist verantwortlich für den unbegrenzten und planlosen Flächenverbrauch, im Zuge dessen mit jedem neuen Bauprojekt völlig spontan die nächsten freien Flächen zugebaut werden. Im neuen Göttinger Flächennutzungsplan wurde ebenfalls nur geprüft, welche wenigen Flächen überhaupt noch bebaubar wären. Eine zielgerichtete Stadtplanung im eigentlichen Sinn gibt es in Göttingen bis heute nicht.

Die Stadt ist in den vergangenen 50 Jahren immer weiter nach außen gewachsen, ohne dass jemand übergeordnet geplant oder nachgedacht hätte. Heute ist die Wohnbebauung nach Osten durch den Wald begrenzt, im Norden durch die Stadtgrenze, im Westen hat man alles mit Gewerbegebieten verbaut und für Wohngebiete am Südrand von Göttingen sind die Verkehrsachsen durch die Stadt in die Arbeitsgebiete im Norden zu schmal.

Göttingen kann nicht mehr wachsen.

Diese Entwicklung geht immer weiter. Am Groner Tor werden Sparkasse und Hotel so dicht an die Groner Landstraße gebaut, dass die Straße noch schmaler wird.

Vor 150 Jahren war das anders, als am Stadtwall großzüge Verkehrsachsen angelegt wurden. Erst heute, wo die Verkehrsbelastung fast am Limit ist, werden die Straßenräume verengt. Gleichzeitig werden Wohngebiete in Groß Ellershausen und Hetjershausen geplant, was noch mehr Verkehr am Groner Tor erzeugen wird. Niemand macht sich Gedanken, was Planungen mittelfristig bewirken.

Sehr problematisch ist das Bebauen der höher gelegenen Gebiete, die nicht mit dem Fahrrad erreicht werden können, wie Zienterrassen oder Nikolausberg. Fahrradlifte wurden ins Spiel gebracht und von der Stadt abgelehnt. Wenn bei gleichbleibendem Straßenangebot innerhalb der Stadt der Kfz-Verkehr immer mehr zunimmt, wird er immer langsamer fließen. Darunter leiden am Ende auch der Warenverkehr und die Wirtschaft.

Eine Stimme für die Piraten ist eine Stimme für eine zukünftig besser durchdachte Stadtplanung.

Grünanlagen

Neu geplant werden immer nur Baugebiete, nie aber Parkanlagen. Wir sind gegen die Herausnahme des Kiessee-Gebiets aus dem Landschaftsschutz.

Andere Städte haben ihre Parks und Grünanlagen in die Überschwemmungsgebiete der Flüsse gelegt. In Göttingen mussten Grünanlagen an der Leine, die 1960 das letzte Mal überschwemmt wurden, 2010 gegen starken Protest Platz machen für neue Wohngebiete in genau diesem Gebiet. Wir halten das für sehr problematisch.

Leinewehr

Das Leinewehr südlich des Kieselsees entspricht umwelt- und verkehrstechnisch nicht mehr den heutigen Anforderungen und sollte umgestaltet werden. 2013 wurde der Radweg entlang der Leine vom Sandweg nach Süden asphaltiert - mit der Begründung, die Strecke sei Teil des Leineradwegs. Ein Jahr später wurde wenige 100 m weiter südlich die zu Göttingen gehörende östliche Auffahrtrampe des Leinewehrs für den Radverkehr gesperrt. In dieser planlosen und undurchdachten Aktion wurde bewirkt, dass der städtische Radverkehr Richtung Niedernjessa und Rosdorfer Baggersee jetzt am Kieselsee entlang zur westlichen Auffahrtrampe auf der Südseite des Leinewehrs fährt. Diese Seite des Wehrs gehört zu Rosdorf. Es wäre besser, wenn der Radverkehr mit Zielrichtung südliche Felder an der Leine östlich des Flütthegrabens und nicht am vielbegangenen Kieselsee westlich des Leinekanals entlangfahren würde.

Umwelttechnisch ist das Leinewehr ebenfalls Jahrzehnte zurück. Der Flütthegraben sieht wie ein Abwasserkanal aus und ist nicht mehr zeitgemäß. Die Piraten fordern die Einrichtung einer Fischtreppe (Fischaufstiegsanlage) nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie sowie ein neues Planungskonzept für das Wehr, das auch die Radverkehrsströme erfasst und intelligent leitet. Wenn dies aufgrund der Grenzziehung nicht möglich ist, dann muss auch über eine Änderung der Grenze gesprochen werden. Auch sollte die Rolle der Unteren Wasserbehörde auf den Prüfstand gestellt werden.

Wasserschutzgebiete

Die Stadtverwaltung hat Ende 2015 in der Diskussion um den Flächennutzungsplan einen Vorschlag eingebracht, die Wasserschutzgebiete in Weende in Baugebiete zu verwandeln. Es erscheint der Stadt einfacher, ein Wasserschutzgebiet zu entwiden, als Wohnraum auf leerstehenden Gewerbeflächen zu errichten. Unsere Zustimmung wird es für solche Pläne nicht geben.

Bei einer Bebauung wäre das Wasser der Weendespring-Quelle nicht mehr als Trinkwasser nutzbar. Die Großstadt muss noch viele weitere Jahrhunderte Wasser zur Verfügung haben. Heute bezieht Göttingen 80 % seines Trinkwassers aus der Sösetalsperre. Aber wer sagt, dass dies immer so bleiben wird?

Auch die Wasserpreise können steigen, wenn eine Großstadt keine eigenen Quellen mehr hat und auf Fremdversorgung immer zwingender angewiesen ist.

Lichtverschmutzung

Das gedankenlose Zulassen großflächiger beleuchteter Werbeflächen im Westen der Stadt war ein Fehler. Der Stadtrat hat versäumt, das zu verhindern. Die Piraten wenden sich gegen weitere Lichtverschmutzung des Göttinger Nachthimmels. Lichtverschmutzung setzt ein Zeichen für Energieverschwendung.

Verkehrssicherheit vor Werbung

Wir sind gegen Werbepylone, also Turmgerüste, die über 40 m hoch sind, wenn diese die Lärmschutzwände der Autobahn überragen (Kaufpark-Pylon etc.). Aus gutem Grund ist Werbung an der Autobahn verboten. Es ist nicht Aufgabe der Stadt zuzulassen, dass berechnete bundesweite Verbote vor Ort trickreich umgangen werden.

Werbetafeln mit sich bewegenden Inhalten lehnen wir aus Gründen der Verkehrssicherheit ab, wenn sie

sich im Sichtfeld des Straßenverkehrs befinden. Dies gilt erst Recht für gefährliche Kreuzungsbereiche.

Kosten für Grundstückseigentümer

Schneeräumung und ähnliche Kosten werden den Grundstückseigentümern oft auch dann in Rechnung gestellt, wenn die Leistung nicht erbracht wird. In manchen Wohnstraßen wurde noch nie Schnee geräumt. Die Anlieger haben ein Anrecht darauf, gerecht behandelt zu werden. Wir werden uns weiterhin in diesem Sinne einsetzen.

Umgang mit leerstehendem Wohnraum

In der vergangenen Ratsperiode haben wir das Problem des leerstehenden Wohnraums mit drastischen Worten in die Diskussion gebracht. Auch eine Beschlagnahme haben wir zu prüfen. Es geht dabei nicht gegen Eigentümer kleiner Grundstücke. Die leerstehende Wohnung der Oma ist nicht gemeint. Es geht um Immobilienfonds, die viel Wohnraum zur Spekulation leer stehen lassen.

Wir haben jedoch Verständnis vor den Ängsten, die private Hauseigentümer haben. Sie befürchten, dass man die Großen am Ende laufen lassen wird und die Kleinen belangt werden. Der Behördenalltag lehrt, dass diese Sorge nicht unberechtigt ist. Das wollen wir nicht und finden es auch gut, dass Hauseigentümervereinigungen hier wachsam sind. Wir registrieren sehr wohl, dass auch Haus & Grund die Immobilienfonds für den vielen leerstehenden Wohnraum kritisiert.

Das mutwillige Zerstören von Wohnrauminventar, wie in einem Wohngebäude der Uni in der Geiststraße geschehen, um Hausbesetzungen zu verhindern, halten wir für nicht vereinbar mit dem Passus in Artikel 14 des Grundgesetzes. Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll dem Wohl der Allgemeinheit dienen.

Verkehr

Eine bedarfsgerechte verkehrliche Ausstattung in Siedlungsgebieten gehört zu den ureigensten Aufgaben der öffentlichen Hand und beansprucht aus gutem Grund einen Teil der Steuergelder. Diese Mittel müssen verantwortungsvoll im Sinne aller eingesetzt werden.

In Göttingen bestehen große Mängel im Straßenverkehr, vor allem bei den Ampelschaltungen, in der Radverkehrsinfrastruktur und immer wieder bei Kreuzungsumbauten. In den letzten Jahren wurde wiederholt durch Fehlleistungen Geld verschwendet. Es wird Zeit, viel genauer hinzuschauen, was die Stadt macht.

Göttinger Piraten haben sich in den letzten Jahren intensiv in das Thema Verkehr eingearbeitet, um hier Verbesserungen zu erreichen. Es wird einer der Schwerpunkte unserer Stadtratsarbeit der nächsten Legislaturperiode sein, ausdrücklich dafür wollen wir gewählt werden.

Verkehrsausschuss im Stadtrat

Die Piraten fordern die Einrichtung eines Verkehrsausschusses im Stadtrat, worin die bislang in verschiedenen Ausschüssen behandelten verkehrsbezogenen Themen zusammengefasst werden. Es gibt sicher Argumente dafür und dagegen - aber gegen die Beibehaltung des jetzigen Zustandes spricht ganz eindeutig das ausnehmend schlechte Ergebnis nach mehreren Jahrzehnten. Göttingen hat viel aufzuholen. Ein eigener Ausschuss würde die Bedeutung von Verkehrspolitik hervorheben.

Aktuell nehmen Vertreter der Senioren, Behinderten und des Naturschutzes an den bau- und verkehrspolitischen Beratungen teil. Es müsste für eine junge Universitätsstadt eine Selbstverständlichkeit sein, auch Vertretungen der Interessen von Studenten dabei zu haben.

Ampeln

Unsere mit Verkehr befasste Arbeitsgruppe heißt Ampelpiraten, weil bei Ampeln die Defizite Göttinger Verkehrspolitik am deutlichsten sichtbar sind.

In der Stadtverwaltung muss eine Fachkraft eingestellt werden, die sich mit Ampelschaltungen auskennt und in der Lage ist, Schaltfehler zu beheben und Grüne Wellen einzurichten. Es muss der Stadt möglich sein, detaillierte Eingaben und konkrete Verbesserungsvorschläge fachlich zu bearbeiten.

2011 wurde der Umlauf einer Ampel am Nonnenstieg versehentlich mit 70 statt mit 69 Sekunden eingestellt - trotz siebenmaliger Nachfrage im Bauausschuss gelang es bis heute nicht, diese Ampel wieder an den 69-Sekunden-Umlauf der Nachbarkreuzungen anzugleichen. 2014 brauchte die Verwaltung 9 Monate, um eine einfache Anfrage zur Ampeltechnik in einem zweiseitigem Schreiben zu beantworten. Dies sind desolate Zustände.

Die Piraten fordern die Offenlegung der Schaltpläne für jede Ampel, damit Bürger überprüfen können, ob die Arbeitsaufträge der Stadt auch tatsächlich korrekt umgesetzt wurden.

Bei Ampeln, die so schlecht geschaltet sind wie in Göttingen, können Sekundenanzeigen über dem Rotlicht den Verkehrsfluss erleichtern.

Nachts können viele Ampeln abgeschaltet werden. Fußgänger und Radfahrer müssen nicht nachts bei vollkommen leerer Straße an roten Ampeln stehen.

Eine Grüne Welle funktioniert derzeit nur an der Kasseler Landstraße, wenn auch nicht ganz perfekt. Es wäre möglich, Grüne Wellen an weiteren Straßenzügen einzurichten und es stellt sich die Frage, warum das nicht schon seit Jahren gemacht wurde.

An vielbefahrenen Kreuzungen wie am Weender Tor könnte der diagonale Radverkehr durch eine kurze Rundum-Grünphase erleichtert werden, in der alle Fahrradampeln gleichzeitig grün und alle Autoampeln rot zeigen. In den Niederlanden hat sich diese Idee bewährt, auch in Deutschland ist dies möglich.

Ein Verkehrsplanungsbüro einzusetzen wäre eine weitere Möglichkeit, Perspektiven für Verbesserungen auszuloten.

Fußgänger

Bei allen verkehrspolitischen Forderungen sind bei allen Maßnahmen die Belange von Fußgängern - als schwächste Verkehrsteilnehmer - zu berücksichtigen. Die Vorgaben aus dem Klimaplan Verkehrsentwicklung bezüglich kürzerer Wartezeiten für Fußgänger an den Ampeln sind umzusetzen.

Es ist anzustreben, den Fußgängerverkehr weitestgehend vom übrigen Verkehr räumlich zu trennen. Dabei ist eine barrierefreie Verkehrsführung für Fußgängern zu schaffen - insbesondere eine barrierefreie Verkehrsführung für Menschen mit körperlichen Einschränkungen.

Wir wollen uns auch für die Rollstuhlfahrer einsetzen, die Probleme mit den Bordsteinen bei Fahrbahn-Übergängen haben und oft gezwungen sind, auf den Radweg auszuweichen. Dasselbe gilt auch für Fußgänger mit Ziehkoffern. Bordsteinkanten müssen abgerundet sein und dürfen nicht höher als 3 cm sein.

Bei der Führung mit weißen Linienkacheln für Sehbehinderte ist darauf zu achten, dass diese nicht als Striche erscheinen und mit Straßenmarkierungen verwechselt werden können, dass die Rillen eng sind (kein weiteres Verbauen breiter Rillen, die für Rollstühle und Ziehkoffer problematisch sind) und dass sie vor allem die Blinden nicht direkt gegen Laternen- und Ampelmasten leiten (siehe auch Weender Tor).

Radwege und Grünfeil für Fahrräder

Deutsche Verkehrsplanungsexperten wundern sich, wie wenig in Göttingen die Nutzungsintensität mit der Ausstattung der Radverkehrsanlagen im Einklang steht. Sogar der ADAC (!) fordert, die Radwegsituation in deutschen Städten zu verbessern. Göttingen ist angesprochen. Die Stadt hat jahrzehntelang die Zeit verschlafen.

Um den Fahrradverkehr attraktiver zu gestalten, gehören auch gut befahrbare Radwege dazu. An vielen Stellen sind sie von Schlaglöchern übersät (beispielsweise Bürgerstraße oder Kassler Landstraße), extra ausgewiesene Fahrradstraßen sind teilweise kaum als solche zu erkennen (die Schilder "Fahrradstraße" sind sehr hoch angebracht, teilweise hinter Bäumen oder anderen Schildern, und aufgrund ihrer geringen Größe verschwinden sie dann) und auch teilweise von Schlaglöchern zerfressen (Sternstraße). Vor dem Bahnhof und dem Neuen Rathaus ist der Radweg kaum wahrzunehmen, da er sich nicht deutlich vom Fußweg abhebt, wodurch immer wieder Fast-Unfälle mit Fußgängern passieren. An anderen Stellen gibt es gar keine Radwege (bspw. Friedländer Weg), wodurch das Fahren dort sehr gefährlich wird. In der Hanssenstraße und angrenzenden Straßen im unteren Ostviertel sind vor Jahren Kopfsteinpflasterstrukturen als Bremsschwellen zur Entschleunigung eingebaut worden - sie waren für kleine Autos ausgerichtet und bremsen heute nur noch den Radverkehr aus.

Nach dem Bau des eRadschnellweges 2014 sind an mehreren Stellen zwischen Bahnhof und Nordbereich Radverkehrs-Zählanlagen installiert worden. Wir haben die Zahlen ausgewertet und fanden es alarmierend, dass 2015 das Radverkehrsaufkommen teilweise um 10 % gegenüber 2014 zurückgegangen war, offenbar unabhängig vom Bus-Semesterticket. Gleichzeitig ermitteln Verkehrszählungen seit Jahren stetig steigende Zahlen im Pkw-Verkehr. Auch die Stickoxid-Werte steigen weiter.

Die Piraten haben im Stadtrat 2015 einen detaillierten Antrag vorgelegt, an über 60 Stellen in Göttingen mit einem Fahrrad-Grünfeil dem Radverkehr das Abbiegen bei Rot zu erlauben, wenn rechts ein Radweg abgeht. Er wurde von SPD und CDU abgelehnt.

Wir werden uns für dieses Ziel weiterhin einsetzen. Wenn rechts ein Radweg abgeht, kommt das Fahrrad hinter der roten Ampel keinem Auto in die Quere.

Wir werden uns für dieses Ziel weiterhin einsetzen.

Wir möchten den Radverkehr schneller und attraktiver machen. Je mehr Menschen freiwillig das Rad benutzen, desto besser ist es für die Umwelt und desto mehr Platz ist auf der Straße. Auch für die lokale Wirtschaft hat es Vorteile, wenn die Straßen weniger verstopft sind.

Unser Vorhaben hat wenig mit Fahrrad-Lobbyismus zu tun. Die Aufgabe lautet, Verkehrsströme schnell, sicher und intelligent durch eine Stadt zu leiten. Jeder kostengünstige Beitrag muss ernsthaft geprüft werden,

besonders wenn anderswo in Europa bereits gute Erfahrungen vorliegen.

Weender Tor

Die Kreuzung am Weender Tor wurde 2014 für teures Geld umgebaut, ohne vorher Radverkehrszählungen durchgeführt zu haben. Das schlechte Ergebnis wurde von uns umgehend massiv kritisiert. Die Ampelpiraten haben zusammen mit dem VCD (Verkehrsclub Deutschland) Ende 2014 den Radverkehr selbst gezählt und die Ergebnisse veröffentlicht.

30 % des Radverkehrs fährt seit dem Umbau auf illegalen Strecken, vorher waren es 2 %.

Wir treten zur Kommunalwahl 2016 an mit der Forderung, die Kreuzung noch einmal umzubauen und den vorigen Zustand in Teilen wieder herzustellen.

- Längere Grünphasen für Fußgänger, 7 von 90 Sekunden sind nicht akzeptabel.
- Begradigung der zu engen Radweg-Verschwenkungen.
- Verbreiterung der Bordsteinabsenkungen, barrierefreie Fahrbahnaufgänge für Rollstühle und Menschen mit Ziehkoffern.
- Ersetzen der weißen Längsrillen in den Wartebereichen, die vor allem Rollstuhlfahrer und Fußgänger mit Ziehkoffern irritieren. Die zu weit auseinander stehenden Längsrillen sind durch enger stehende Rillen zu ersetzen, damit sie keine Gefahr für Radfahrer, Rollstuhlfahrer und Ziehkoffer darstellen. Es ist darauf zu achten, dass Blinde durch die Rillen nicht an Verkehrsstangen geleitet werden.
- Legalisierung aller tatsächlich genutzten Radweg-Strecken, auch vor dem Auditorium. Wenn man verhindern möchte, dass Radfahrer unerwünschte Strecken fahren, muss das planerisch mit attraktiven Alternativstrecken gelöst werden.
- Radverkehrsführung am Nikolausberger Weg bergab auf der Straße, wie vor dem Umbau. Dadurch war verhindert worden, dass der schnelle Radverkehr bergab Richtung Bahnhof mitten durch die Fußgängermassen Slalom fuhr.
- Abbiegende Kfz-Fahrer müssen sehen können, wie lange die Fahrräder noch Grün haben.

eRadschnellweg

SPD und Verwaltung bezeichnen den eRadschnellweg, der mehrere Millionen Euro gekostet hat, als zukunftsweisendes Projekt. Mehr müsse man für Radverkehr nicht tun, so die SPD 2015 im Stadtrat. Wir Piraten sehen genauer hin und betrachten das Ergebnis kritischer.

In Teilabschnitten hat sich die Radfahrersituation deutlich verbessert, wie etwa am Klinikum, an der Kreuzung Godehardstraße und vor der Hauptpost. Auf anderen Streckenabschnitten handelt es sich aber um eine Mogelpackung.

In der Goßlerstraße wurde eine ganz normale Straße einfach nur blau angemalt. Der für viel Geld neu gebaute Abschnitt vom Weender Tor bergauf zur Goßlerstraße wird kaum benutzt - und wenn, dann nicht für die dafür gedachte Strecke (Bahnhof-Nordbereich), weil nach wie vor quer über den Campus gefahren wird. Wir fragen uns, warum die Stadt nicht in der Lage war, in Gesprächen mit der Uni eine bedarfsgerechte Lösung zu finden.

Der Umbau des Weender Tores war nicht bedarfsgerecht und weist grobe Mängel auf.

Die Streckenführung entlang des Säulengangs an Bahnhof ist hochgradig unprofessionell. Der Säulengang ist zu nah am Radweg und bewirkt, dass Fußgänger lieber auf dem Radweg als zwischen den Säulen entlanggehen, zumal der Säulengang nicht auf die Ampel an der Hauptpost zuläuft. Der Radweg ist zudem kaum als solcher erkennbar.

Südlich des Groner Tores haben sich die Piraten 2016 dafür eingesetzt, den Radweg entlang der Bürgerstraße in den Rosdorfer Weg und nicht zwischen Hochhaus Groner Landstraße 9 und Bahndamm in die Eisenbahnstraße zu führen. Der Einsatz hat bewirkt, dass die Verwaltung sich mehr bemüht hat als am Weender Tor und unsere Ideen teilweise aufgegriffen und durchgerechnet hat und auch mit dem Fördermittelgeber wiederholt Gespräche geführt hat. Wir haben deutliche Verbesserungen im Planungsprozess beobachtet. Wir werden auch

weiterhin mit Sachkenntnis, detaillierten Messungen vor Ort und konkreten Vorschlägen Planungsalternativen dort aufzeigen, wo die Verwaltung nicht von alleine auf bessere Lösungen kommt.

Das Geld, das für die wenig einladende Streckenführung entlang der Schnellstraße nach Rosdorf eingesetzt wurde, hätte woanders mehr bewirken können. Ein Radweg nach Rosdorf sollte fern vom Kfz-Verkehr über das Leineweher und südlich davon liegenden Felder geführt werden. Wir Piraten fordern weiterhin, mit einer kleinen Brücke über die Rase in Richtung Niedernjessa ein attraktiveres Angebot zu schaffen. 2014 wurde ein Antrag im Kreistag von SPD, Grünen und CDU aus dogmatischen Gründen abgelehnt - der attraktive Radweg würde zum Rosdorfer Baggersee führen.

Forderungen bei neuen Radverkehrsprojekten

Viele Radwege sind alt, auch Straßen sind oft nicht besser, das hat finanzielle Gründe. Dies können wir sicherlich nicht ändern.

Schlimm ist es jedoch, wenn einmal in 30 Jahren ein Abschnitt erneuert wird und dann überhaupt nicht der Wille sichtbar ist, den Radverkehr zu erleichtern und eine bedarfsgerechte Arbeit abzuliefern. Für teures Geld wurde 2011 die Einmündung Bahnhofplatz umgebaut - so schlecht, dass sie 2014 noch einmal umgebaut werden musste. Das ist eine sehr ärgerliche Geldverschwendung, da die Stadt für Verkehr wenig Geld zur Verfügung hat.

Alle Parteien im Stadtrat sind in der Pflicht, so etwas vorzusehen und zu verhindern. Es ist keine Schwierigkeit, sich vorher die Pläne anzuschauen, Defizite zu erkennen und anzusprechen. Am Weender Tor wurde dies 2014 auch getan - und dennoch einer vorzusehenden Fehlplanung am Ende zugestimmt.

Radwegbau gilt im Rathaus immer noch als lästige Pflicht. Fast jeder fachliche Verbesserungsvorschlag wurde bislang brüsk abgelehnt. Die Vorgaben des Anfang 2015 verabschiedeten Klimaplan Verkehrsentwicklung wurden vom ersten Tag an bislang bei jeder neuen Planung ignoriert, angefangen beim Groner Tor. Hier muss ein Umdenken einsetzen.

- Die für Verkehrsplanung verantwortlichen Fachleute in der Verwaltung sollten Ortskenntnisse haben, in Göttingen wohnen und die Göttinger Verkehrsverhältnisse aus eigener Anschauung kennen.
- Ein Verkehrsplanungsbüro sollte beauftragt werden, ein Gesamtkonzept für die Stadt zu erstellen. Mit Bürgerbeteiligung - aber nicht wie 2014 beim Klimaplan Verkehrsentwicklung. Dort wurde das, was die Verwaltung nicht hören wollte und schon seit Jahren nicht hören will, schlichtweg gar nicht protokolliert.
- Ausarbeitungen der Interessenverbände ADFC und VCD müssen viel stärker als bisher von Standpunkt der Fachkenntnis betrachtet werden. Bis 2015 wurden deren Ausarbeitungen als Lobbyismus betrachtet und landeten ungelesen im Papierkorb.
- Ampelschaltungen müssen in die Radwegplanung einbezogen werden. Es macht keinen Sinn, für teures Geld einen tollen Radweg zu bauen und dann die Ampeln so zu schalten, dass die Fahrräder auf ganz andere Strecken geleitet werden. Oder einen Radschnellweg zu bauen und die Grünphasen so zu takten, dass die Räder 10 km/h fahren müssen. Wir Piraten betreten mit solchen Forderungen tatsächlich absolutes Neuland, niemand hat in Göttingen jemals auf solche Dinge geachtet.
- Bei Radverkehrsplanungen müssen wie beim Kfz-Verkehr vor der Planung Verkehrszählungen durchgeführt werden, nicht erst hinterher.
- Radwege, die fern vom Kfz-Verkehr geführt werden, sind insbesondere auf Überlandstrecken attraktiver als direkt neben der lärmigen Hauptstraße.
- Hochbordige Radwege müssen ausreichend breite und ebenerdige Auffahrten bei Straßenquerungen aufweisen.
- Nebenstraßen müssen überall barrierefrei ohne Bordstein in Hauptstraßen einmünden, um abbiegende Zweiradfahrer nicht zu gefährden. Wir fordern den Rückbau aller nicht-ebenerdigen Bordsteine an Nebenstraßen-Einfahrten.
- Mindestens alle 200 m muss an einer Straße mit hochbordigem Radweg ein barrierefreier Übergang zur Fahrbahn bestehen. Ohne Bordsteinversatz. Radfahrer, die auf die Straße abgedrängt wurden, müssen wieder schnell und sicher wieder zurück auf den Radweg kommen können.

- Bei hohem Radverkehrsaufkommen müssen die Aufstellflächen vor Ampeln breiter sein.
- Rollstuhlfahrer haben oft Probleme, wenn die Fahrbahn-Übergänge an Ampeln nicht barrierefrei sind, und weichen auf Radwege aus. Hier sind bessere Lösungen zu entwickeln.
- Die Vorgaben aus dem Klimaplan Verkehrsentwicklung für den Fuß- und Radverkehr sind konsequent umzusetzen, insbesondere müssen die Wartezeiten für Fußgänger an den Ampeln verkürzt werden.
- Am Bahnhof müssen erfahrene Verkehrsplaner beauftragt werden, eine Lösung für das Fahrradparken auszuarbeiten.

Unser **Abstimmungsverhalten im Stadtrat** wird sich an diesem Programm ausrichten.

Wir werden bei Straßenplanungen, die diese Anforderungen weiterhin ignorieren, nicht zustimmen. Wir kritisieren die anderen Parteien, dass sie in den letzten Jahrzehnten jede Fehlentwicklung in den Ausschüssen unkritisch durchgewunken haben.

Parken in der Innenstadt

In der Innenstadt gibt es naturgegeben wenig Parkraum, sowohl Angestellte als auch Kunden brauchen Parkplätze. Wir wollen versuchen, mit pragmatischen Ansätzen den wenigen zur Verfügung stehenden Platz besser auszunutzen. Individuelle und auf den Bedarf zugeschnittene Lösungen machen etwas mehr Arbeit als pauschale Regelungen.

Elektroautos und historische Fahrzeuge sollten kostenlos parken dürfen. Wer einen VW Käfer oder eine Ente 2CV neben ein Fachwerkhaus stellt, sollte dafür nichts bezahlen müssen.

ÖPNV

Göttingen hat 2014 ein neues Busliniennetz bekommen, welches einige Zeit brauchte, um sich einzuspielen. Uns ist es wichtig, dass Senioren nicht abgehängt werden.

Dies ist die soziale Aufgabe des Busverkehrs, die nicht vernachlässigt werden darf. Im Seniorenheim am Ingeborg-Nahnsen-Platz haben wir die Bemühungen der Heimleitung unterstützt, eine bessere Anbindung für das Seniorenheim zu erzielen. Der Bus ist für viele Menschen in der Stadt die Voraussetzung, am Leben teilzunehmen.

Ein wichtiger Punkt im Bundesprogramm der Piraten ist ein fahrscheinloser ÖPNV. Öffentlicher Nahverkehr zum Nulltarif ist möglich und für die Wirtschaft fast genauso interessant wie für einkommensschwache Fahrgäste.

Ein von uns 2013 eingebrachter Antrag, innerhalb des Stadtwalls kostenloses Busfahren zu ermöglichen, wurde abgelehnt - mit dem Argument, ein Kurzstreckenticket-Antrag der SPD sei in Vorbereitung.

Nach Vorlesungen am späten Nachmittag erreicht man vom Nordcampus aus schlecht die Züge. Verbesserungen in den Abendtaktungen der Busse zum Bahnhof kämen pendelnden Studenten entgegen. Auch das Neubaugebiet Zietenterrassen bedarf einer günstigeren Anbindung an das Stadtbusnetz und einer direkten Buslinie zum und vom Bahnhof.

Fernbusse

Die Verlagerung des Personen-Fernverkehrs von der Schiene auf die Straße sehen wir generell kritisch. Mitteleuropa hat anders als Nordamerika ein modernes Schienennetz, das weiter ausgebaut werden sollte. Die Fernbusse haben nicht bewirkt, dass sich die Bahn attraktiver gestaltet. Der Wettbewerb ist außerdem unfair, Fernbusanbieter sollten sich an der Nutzung der Infrastruktur finanziell genauso beteiligen wie Bahnunternehmen.

Auf der anderen Seite besteht trotzdem ein Bedarf an einer Überdachung und Sitzmöglichkeiten an der Fernbushaltestelle am Bahnhof in Göttingen. Die Piraten haben sich 2015 als einzige Partei dafür ausgesprochen.

Straßenbahn und Bahnverkehr

Immer mehr junge Menschen sehen die Bahn als ein nützliches und schnelles Fortbewegungsmittel. Die Zeit, in der das eigene Auto als ein Statussymbol betrachtet wurde, ist vorüber und bei vielen jungen Menschen einer neuen Haltung gewichen, in der einfach die schnellste und stressärmste Transportmöglichkeit gewählt wird. Bahnverkehr überzeugt, durch Geschwindigkeit, Fahrradkompatibilität und Sicherheit. In der Kommunalpolitik wird diese Entwicklung immer noch verschlafen, was sicherlich mit dem hohen Durchschnittsalter der Abgeordneten (55-60 Jahre) zusammenhängt. Diese Generation sah jahrzehntelang im Autoverkehr die Zukunft und den Bahnverkehr auf einem absteigenden Ast.

Eine solche Politik weiterzuführen mutet heute rückwärtsgewandt an, hier ist ein Umdenken dringend erforderlich. Immer mehr Bahnhaltepunkte werden reaktiviert.

In **Rosdorf** setzen die Piraten sich für einen Haltepunkt Rosdorf-Mitte ein. Die von der Gemeinde Rosdorf vorgebrachten Argumente, ein Bahnhaltepunkt würde die Gemeinde Millionen kosten, halten wir für vorgehoben und wenig stichhaltig. Schon seit Jahren zeigt die Gemeinde Rosdorf wenig Interesse an einem Bahnanschluss und verschläft die moderne Zeit. Ein Bahnhaltepunkt bringt jeder Gemeinde heute Standortvorteile.

Die Piraten setzen sich auch dafür ein, den Bahnhof in **Obernjesa** wiederzueröffnen. Dieser wurde vom Wirtschaftsministerium in einer Studie als nicht realisierbar bewertet, hauptsächlich aufgrund der mit 1100 angesetzten Einwohnerzahl im 1,5 km-Radius, erforderlich seien 2000. Dabei wurden 1000 Einwohner von Stockhausen und Klein Schnees übersehen, obwohl diese im Einzugsbereich wohnen.

Auch eine **Straßenbahn** wäre in Göttingen denkbar. Sie wäre den Bussen, die sich durch die engen Straßen der Innenstadt zwängen, teilweise überlegen. Mit der heutigen Technik können Straßenbahnen auch in hohen Geschwindigkeiten über Land fahren (Karlsruher Modell). Wir Piraten stehen der Idee grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber, durch ein Straßenbahnsystem vor allem das Eichsfeld besser mit Göttingen zu verbinden.

Möglich wären in Zusammenhang auch die Elektrifizierung der Bahnstrecke Bodenfelde-Göttingen, Durchführung der Innenstadt, Einbeziehung von Rosdorf und Obernjesa, und der Wiederaufbau der Gartetalbahn nach Duderstadt (seit 1974 ohne Schienenanbindung). Wünschenswert wäre außerdem eine Elektrifizierung der Strecke Northeim-Nordhausen und der Betrieb durch Elektrotriebwagen, die eine größere Beschleunigung bieten.

Eine **Neubaustrecke** von Göttingen nach Erfurt steht im Bundesverkehrswegeplan 2015 als Vorschlag 311. Erfurt wäre in etwa 30 Minuten mit dem ICE erreichbar, auch wenn dieser "nur" 250 km/h fahren würde. Alternativ ließe sich die Neubaustrecke im Mischverkehr mit Straßenbahnverkehr bedienen. Thüringen möchte die eingleisige Strecke Leinefelde-Gotha doppelspurig ausbauen. Investitionen in die Schiene halten wir für wichtig und lohnend.

Lärmschutz Bahn

Nächtlicher Güterverkehr erzeugt Lärm, weswegen teure Investitionen in Lärmschutzmaßnahmen nötig sind. Die Alternative, die Züge langsamer fahren zu lassen, wäre kaum durchsetzbar. Die Piraten begrüßen Bemühungen von Bürgern, die sich für Lärmschutz an Bahnstrecken einsetzen, beispielsweise am Leineberg. Es muss jedoch noch mehr getan werden als bisher von Verwaltungen und Bahn vorgelegt.

E-Mobilität

Die Piratenpartei Göttingen setzt sich für verstärkte Nutzung von E-Mobilität ein. Hierbei fällt den Kommunen eine wichtige Rolle zu.

So soll das kostenlose Parken (einschließlich bei Ladevorgängen) für E-Fahrzeuge ermöglicht werden. In der Innenstadt sollen Elektrofahrzeuge mindestens eine Stunde kostenlos parken dürfen. Bei ausgewählten Veranstaltungen mit hoher Publikumsresonanz sollen gut sichtbare Vorrangparkplätze für Elektrofahrzeuge zur Verfügung gestellt werden (Vorrangparken).

Auch eine Freigabe der vorhandenen Busspuren wäre geeignet, um die E-Mobilität weiter zu fördern.

Die Piraten unterstützen die Bemühungen im Landkreis, wo in den vergangenen Jahren bereits einige Projekte angestoßen werden konnten. Auch die Zweirad-Elektromobilität stellt ein wichtiges Segment dar.

Kommunale Fuhrparks sollen, je nach Angebotslage, zunehmend stärker mit E-Fahrzeugen ausgestattet werden. Im Zuge einer Unterstützung der Elektromobilität sollen im Umfeld der zentralen kommunalen Gebäude (Rat- und Kreishäuser) noch mehr Ladesäulen für Elektrofahrzeuge errichtet werden.

Private Projekte sollten ohne bürokratische Hürden genehmigt werden.

Ausbau der Schnellladeinfrastruktur

Die Piraten fordern einen Ausbau der Schnellladeinfrastruktur im Landkreis. Für eine flächendeckende Reichweite ist dies eine unabdingbare Voraussetzung.

Diese kann in Kooperation mit dem Grundversorger [EAM] geschehen.

Die Gebühren zur Nutzung der Ladestation sollten durch einen symbolischen Betrag nach der aktuellen Projektzeit begrenzt werden.

Freigabe der vorhandenen Busspuren

Die wenigen für Busse reservierten Spuren in Göttingen sollten versuchsweise für E-Fahrzeuge freigegeben werden, wenn diese im Kfz-Kennzeichen durch ein hinten angestelltes "E" erkennbar sind.

Umwelt

Eine 2015 durchgeführte Umfrage der Stadt hat ermittelt, dass die Menschen in Göttingen dem Thema Umwelt große Bedeutung beimessen. Vor allem die jungen Menschen sind hier sehr sensibel. Auch wir Piraten bilden als junge Partei keine Ausnahme.

Die Kernstadt darf im Zuge einer zunehmenden Wohnraumverdichtung nicht immer grauer und trister werden.

Das steht allerdings auch in den Wahlprogrammen der anderen Parteien. Der Unterschied ist, dass wir die Prioritäten leicht anders setzen und bei Umweltthemen sensibler reagieren.

Ausgliederung der Unteren Naturschutzbehörde aus dem Baudezernat

Wir werden uns dafür einsetzen, die Untere Naturschutzbehörde (UNB) und den gesamten Naturschutz- und Umweltsektor aus dem Baudezernat auszugliedern. Es war ein Fehler, den Umweltbereich dem Baudezernenten zu unterstellen.

Umweltschutz und Bauvorhaben unterliegen gegenläufigen Interessen und müssen in zwei unterschiedlichen Bereichen im Rathaus angesiedelt sein. Diejenigen, die von ihrer Aufgabenstellung her in Bauprojekten Natur zerstören wollen, dürfen nicht gleichzeitig denen gegenüber weisungsbefugt sein, die die Natur schützen sollen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass dieser Konflikt immer wieder zu Lasten der UNB ausgetragen wurde, und dass die UNB nicht glaubwürdig unabhängige Entscheidungen treffen konnte.

Wertschätzung der Arbeit der Naturschutzbeauftragten

Die Arbeit der Naturschutzbeauftragten ist bei Bauprojekten mehr als bislang zu berücksichtigen. Inhaltliche Kritikpunkte, welche von der Naturschutzbeauftragten in den Fachgremien geäußert werden, müssen in stärkerem Maße als bislang Eingang in die Endfassungen der Planungskonzepte finden.

In der vergangenen Ratsperiode beobachteten wir, dass die von Fachkenntnis geprägten Anregungen und Einwände der Naturschutzbeauftragten viel zu oft überhaupt nicht berücksichtigt wurden. Dies trug zu einer verminderten Planungsqualität bei vielen Bauprojekten im Bezug auf Umwelt- und Naturschutzaspekte bei. Die Zielsetzung, die durch die Einrichtung dieser Stelle beabsichtigt war, wurde nicht erreicht. Unsere Zustimmung zu Bauprojekten wird sich in Zukunft auch daran bemessen, ob Stellungnahmen der Naturschutzbeauftragten durch vorgenommene Änderungen von Planungsvorschlägen angemessen gewürdigt wurden.

Kleingärten

Die Piraten stehen geschlossen hinter den Kleingärtnern. Ein Versetzen von Kleingartenkolonien an den Stadtrand kommt für uns nicht in Frage. Kleingärtner erfüllen mit ihrer Arbeit eine wichtige Funktion für das Klima und die Lebensqualität in einer Großstadt. Dafür verdienen sie Respekt und Anerkennung.

Kleingartenvereine sind die Lobby, die öffentliche Parks nicht haben. Sie sind die einzigen, die sich wirklich für Stadtgrün einsetzen.

Kleingartenvereine nehmen ihre Rechte wahr. Parkanlagen sind rechtlich nicht geschützt und können sehr schnell verschwinden. 2012 wurde am Leineberg eine Parkanlage mit 200 Bäumen sehr schnell von der Landkarte gestrichen. Bei Wäldern und Kleingärten ist es viel schwieriger.

Städte haben eine ähnlich hohe Artenvielfalt wie landwirtschaftlich strukturierte Gebiete. Die Kleingärtner haben hierbei einen entscheidenden Anteil. Wir lehnen es ab, die Welt in graue und sterile Städte und grünes lebendiges Umland aufzuteilen. Denjenigen, die Kleingärten in Bauland umwandeln wollen, werfen wir vor,

ihre umweltpolitischen Strategien an völlig überholten ökologischen Konzepten auszurichten.

Kleingartenvereine erfüllen auch eine soziale Funktion, da viele Menschen mit niedrigen Einkommen die moderaten Pachtpreise bezahlen können. Menschen, die in unattraktiven Wohnsilos einer dicht bebauten Stadt leben, haben genauso ein Bedürfnis auf einen Platz im grünen Garten wie die finanziell besser gestellten Einwohner, die sich in der Stadt ihr eigenes Haus mit Garten leisten können.

Wir bezweifeln, dass es bei einem Versetzen von Kleingärten an den Stadtrand unter dem Schnitt zu einer geringeren Verkehrsbelastung kommen würde. Dem kürzeren Weg zum Arbeitsplatz (wenn man Wohngebiete baut) steht ein längerer Weg zu den Nacherholungsbereichen entgegen. In jedem Fall verringert sich die Lebensqualität, wenn der Weg zum Kleingarten länger wird. Die Stadt wird unter allen Aspekten unattraktiver, wenn Stadtgrün in Bauland verwandelt wird. Die Piraten stehen auch hinter der im Februar 2016 verabschiedeten Resolution des Ortsrates in Geismar, nicht nur Kleingärten, sondern auch Grabeland zu erhalten und nicht als Bauland auszuweisen.

Großinvestoren üben in allen Städten einen enormen Druck auf Kleingärten aus. Es ist Aufgabe der Stadtpolitik, jeden Tag dagegen zu halten. Wir wissen, dass das Mut braucht, und stellen uns dieser Aufgabe.

Schutz von Bäumen und Parkanlagen

Großen Protest gab es bereits 2010 gegen massive Baumfällungen am Brauweg. Kurz danach ist ein Park mit 200 Bäumen am Leineberg über Nacht von der Stadtfläche verschwunden. Den Bürgern am Leineberg war mündlich ein Ausgleich vor Ort versprochen worden, dieses Versprechen wurde bis heute nicht eingehalten.

2012 sollte ein Waldgebiet mit etwa 150 Bäumen auf dem IWF-Gelände an Nonnenstieg gerodet werden. Etwa 100 Bürger haben dort in 224 Eingaben zu 49 verschiedenen Umweltthemen Bedenken eingereicht und Verbesserungen vorgeschlagen - alle 224 wurden 2014 von der Stadt abgelehnt, jede mit einer anderen Ausrede. So etwas ist respektlos der eigenen Bevölkerung gegenüber und zeigt, wie weit sich die Verantwortlichen von der Bevölkerung entfernt haben.

Die Piraten haben 2015 ein Bürgerbegehren unterstützt, das Waldgelände auf dem IWF-Grundstück unter Naturschutz zu stellen. In den städtischen Gremien setzen wir uns dafür ein, die Brachfläche zwischen Rosdorfer Weg, Jugendanstalt Leineberg und Tonkuhle Ascherberg als Grünfläche auszuweisen. Nachdem auch dies mündlich den Anwohnern am Leineberg in Aussicht gestellt worden war, wurden hinterher aus der Stadtpolitik wieder Stimmen laut, dies als Baugebiet auszuweisen.

Es muss ein Umdenken einsetzen. Eine graue und triste Stadt kann kein Ziel sein. Die anderen Parteien sind zwar auch für Umweltschutz in der Stadt. Aber wer Piraten wählt, setzt die Prioritäten anders und gewichtet den Umweltschutz stärker.

Änderung der Baumschutzsatzung

Wer ein kleines Grundstück hat und einen Baum fällen will, weil er das Haus verschattet oder ein Fundament beschädigt, bekommt von der Stadt enorme Schwierigkeiten aufgrund der Baumschutzsatzung.

Wer als Großinvestor 100 Bäume auf einmal fällen will, bekommt dagegen den goldenen Teppich ausgerollt. Es lässt sich immer schwerer vermitteln, warum Grundstückseigentümer so ungleich behandelt werden.

Baumfällgenehmigungen sollten nur dann verlangt werden, wenn auf einem Grundstück innerhalb von einigen Jahren zwei oder mehr Bäume gefällt werden sollen. Genehmigungen von Einzelbaumfällungen auf kleinen Grundstücken sollten der Stadt nur noch angezeigt werden, sie sollten aber keine Gebühren mehr kosten. Das Fällen eines einzelnen Baumes auf einem kleinen Grundstück sollte nicht mehr mit enormen bürokratischen Hürden verbunden sein.

Weiden, Pappeln, Obstbäume und Nadelbäume sind grundsätzlich von der Satzung ausgenommen, dürfen also ohne weiteres gefällt werden. Die Piraten treten dafür ein, diese Ausnahmen enger zu fassen.

Die Satzung darf nicht dazu führen, dass Bäume nur deswegen, weil sie kurz vor Erreichen der magischen Grenze von 1 m Stammumfang liegen, präventiv gefällt werden, damit man das Fällverbot umgeht. Hier sollte den Grundstücksbesitzern eine Möglichkeit angeboten werden, solche Bäume der Stadt zu melden, damit sie

stehenbleiben und später unbürokratisch gefällt werden können.

Anfang 2016 wurden auf dem IWF-Gelände aus einem zusammenhängenden Mischwaldgebiet selektiv genau die Bäume herausgefällt, die nicht satzungsgeschützt waren. Übrig blieb ein artenarmer Restbestand an satzungsgeschützten Bäumen. Zudem wurde alle Bäume gefällt, die knapp unter 1 m Stammumfang hatten. Darin liegt nicht der Sinn der Baumschutzsatzung. Solche Erfahrungen zeigen, dass die Regeln besonders bei großen Grundstücken strenger gefasst werden müssen.

Das Ziel der Baumschutzsatzung muss darin liegen zu erreichen, dass in der Summe mehr Bäume stehenbleiben und die ökologische Wertigkeit der Stadt steigt. Regeln, die ökologisch fragwürdige Resultate erzielen und die bewirken, dass die Zahl der Bäume in der Stadt am Ende niedriger ist, sind nicht zielführend.

Zudem sind auch Gebüsche zu schützen. Die Erfahrung zeigt, dass immer mehr Gebüsche gedankenlos abgeholzt werden. Hier besteht zunehmend Regulierungsbedarf.

Dachbegrünung

Die Piraten haben sich in der vergangenen Ratsperiode aktiv für Dachbegrünung eingesetzt. Flachdächer von Neubauten müssen so stark sein, dass sie Begrünungen mit einer hohen Qualität tragen. Flachdächer ohne Begrünung zu genehmigen ist nicht mehr zeitgemäß, weder bei Wohngebäuden noch in Gewerbegebieten.

Die Göttinger Verwaltung sträubte sich in den letzten Jahren mit fragwürdigen Begründungen gegen den neuen Trend. Hier ist es Aufgabe der Ratspolitik, darauf zu achten, dass die vorgeschobenen Argumente der Verwaltung in Frage gestellt und entkräftet werden und verbindliche Beschlüsse gefasst werden. Etwa 90 % der Großstädte haben inzwischen Regelungen zur Förderung von Dachbegrünung umgesetzt, man kann diese ganz einfach übernehmen.

Unter den 76 Großstädten Deutschlands ist Göttingen inzwischen Schlusslicht. Als einzige Großstadt fördert Göttingen Dachbegrünung weder durch Regelungen in Bebauungsplänen noch durch Ermäßigungen in der Abwassersatzung. Sogar kleinere Einheiten in der Umgebung wie Hann. Münden, Witzenhausen oder Einbeck haben ihre Hausaufgaben gemacht.

Bodenversiegelung und Parkplätze

Das Ausweisen von Parkplätzen geschieht über den Stellplatzschlüssel. Die Regelungen hierzu stellen wir in Frage, sie stammen aus einer vergangenen Zeit und sind nicht mehr im Einklang mit den Erfordernissen von heute. Es sollte vermieden werden, Parkplätze ausweisen zu müssen, wenn diese nicht genutzt werden. Großen Betrieben sollten Modelle auferlegt werden, ihren Parkraum in Kombination mit Jobtickets und Begünstigung von Radverkehr zu bewirtschaften.

In Paris hat sich jeder Betrieb mit mehr als 9 Angestellten an den ÖPNV-Kosten zu beteiligen, zu denen auch Leifahrersysteme gehören. An das Uni-Klinikum gehören viel mehr überdachte Fahrrad-Abstellanlagen in unmittelbarer Umgebung der Eingänge.

Großflächige Versiegelungen von Boden durch das Anlegen von Großparkplätzen sind ebenfalls nicht mehr zeitgemäß. Parkplätze, die nicht mit wassergebundener Bauweise errichtet sind, sollten entweder nicht erlaubt oder mit sehr hohen Gebühren oder Steuern belastet sein.

Die Piraten fordern, ein Bodenentsiegelungskataster zu erstellen, also zu ermitteln, welche Flächen wie stark versiegelt sind, und welche dieser Flächen entsiegelt und in einen naturnahen Zustand zurückgeführt werden können.

Wasserschutzgebiete

Siehe Abschnitt "Baupolitik".



Landwirtschaft

Die Realität in den letzten Jahren hat uns vor Augen geführt, dass Landwirte immer häufiger eine zuverlässige Unterstützung in der Lokalpolitik brauchen. Wir kritisieren die schwarz-gelbe Landwirtschaftspolitik, die jahrelang auf der Landesebene mit einer einseitigen Förderung von großen Betrieben und Massentierhaltung falsche Akzente gesetzt hat. Die Stärkung einer regional angepassten und leistungsfähigen Landwirtschaft steht bereits im Bundesprogramm der Piraten.

Flächenverbrauch ist Ackerlandverbrauch

Landwirtschaftliche Flächen im Kreis Göttingen stehen immer mehr unter dem Druck eines ungezügelter Flächenverbrauchs. Wenn irgendwo Fläche benötigt wird, ob bei Neubaugebieten, neuen Gewerbeflächen, großflächigen Parkplätzen oder Umgehungsstraßen - immer ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche die erste, die betroffen ist.

Beim berechtigten und notwendigen Ausgleich für zerstörte Naturflächen ist landwirtschaftliche Fläche ebenfalls betroffen, wenn Ackerland in Grünland umgewidmet werden muss.

Ackerland wird immer noch als Land begriffen, das unendlich zur Verfügung steht und grenzenlos einfach nur verbraucht werden kann. Hier muss ein Umdenken einsetzen.

Erstaunt haben wir beispielsweise in der vergangenen Ratsperiode eine Debatte im Stadtrat verfolgt, in der ein Gutachter eine Ackerfläche, auf der ein Großmöbelmarkt errichtet werden sollte, tatsächlich als "ungenutztes Gebiet" bezeichnete. Die Wertschätzung für die Arbeit der Landwirte unserer Region befindet sich auf einem historischen Tiefstand.

Im Lauf der Jahre hat diese Entwicklung zu immer höheren Pachtpreisen geführt. Auch bei der Golfplatzplanung stand Ackerland auf der Streichliste, darunter unverzichtbare Pachtflächen eines Ökolandwirts.

Landwirte geraten immer stärker unter Existenzdruck, weil die Ernte sich gegen die hohen Pachtpreise kaum noch rechnet.

Kritik an fragwürdigen Vorschriften

Unnötige Vorschriften tun ein weiteres. So halten wir die Regelung für überholt und nicht zielführend, die Landwirten untersagt, ein Feld zu pflügen, wenn sie dieses einige Jahre brach liegen lassen. Landwirte, die die Natur nicht unnötig belasten wollen und sich entscheiden, einige Jahre eine bestimmte Fläche brachliegen zu lassen, dürfen nicht bestraft werden. Die Regelung hat nur den Effekt, dass Landwirte brachliegende Felder präventiv umpflügen, um ihre Rechte nicht zu verlieren. Dass viele Landwirte von der Politik enttäuscht sind und sich besser durchdachte Regelungen erhoffen, können wir gut nachvollziehen.

Tierschutz

Tierschutz wird immer noch belächelt. Wer sich für Tierschutz engagiert, wird häufig als irrer Spinner abgetan. Eigentlich erstaunlich für eine Zeit, in der die Tierschutzpartei in Deutschland 1 % der Stimmen bei der Europawahl erhält.

Das städtische Tierheim muss für Bürger besser zugänglich gemacht werden. Auch die Aufnahme der dort untergebrachten Tiere sollte ohne viele Streitigkeiten und Bürokratie ermöglicht werden sowie engagierten Bürgern die Möglichkeit für ehrenamtliche Mitarbeit gegeben werden. Auch das Problem mit den vielen streunenden Katzen und der damit notwendigen Kastration gehört zum Tierschutz.

Wir Piraten setzen uns bereits seit mehreren Jahren dafür ein, keine Haltung von Zirkus-Wildtieren auf dem Schützenplatz mehr zuzulassen. Die Verwaltung wehrt sich dagegen mit allen möglichen Ausreden.

Im April 2015 standen Zirkustiere von Charles Knie abends auf dem Platz, während im benachbarten Schützenverein scharf geschossen wurde. Im Oktober 2015 beim Zirkus Aeros dasselbe. Jeder, der einen Hund hat, weiß, wie viel Angst Tiere an Silvester haben. Für uns ein weiterer Grund, den Schützenplatz nicht mehr für Tierhaltung zur Verfügung zu stellen.

Die Haltung, Vorführungen und das viele Reisen bedeuten Stress für die Tiere und haben nichts mit einem natürlichen Leben zu tun. Andere europäische Länder haben bereits ein Wildtierverbot in Zirkussen ausgesprochen. Deutschland hinkt da hinterher, Göttingen könnte aber durch ein Verbot von solchen Zirkussen im Stadtgebiet ein gutes Zeichen setzen.

Kultur und Freizeitangebote

Wir Piraten in Göttingen betrachten Kultur als das, was eine Gesellschaft über die Grenzen von Herkunft, Bildungsstand und Lebenswirklichkeit hinaus zusammen bringt und zusammen hält. Daher fordern die Piraten Initiative zu ergreifen, die soziokulturellen Aktivitäten der Stadt in die Pflichtleistungen zu überführen.

Theater, Musik, Film

Wir fordern den Erhalt, Förderung und Ausbau alternativer Spielstätten und Bühnen.

Eine faire Verteilung von Fördermitteln muss gewährleistet sein. Einzelne Anbieter dürfen nicht bevorzugt werden. Die Verteilung muss durch unabhängige Stellen erfolgen.

Kulturschaffende brauchen ein Maß an Freiheit und dürfen, um Fördermittel zu erhalten, nicht mit übertriebener Bürokratie belastet werden.

Da viele bereit sind, eine weite Anreise zu einem Theaterabend anzutreten, sollen die geförderten Projekte im Ausgleich zur Förderung auch Stücke und Konzerte im Theaterprogramm außerhalb des Stadtgebiets anbieten.

Außerdem setzen sich die Piraten für Erhalt und Ausbau des Städtischen Museums ein. In Zusammenarbeit mit Bürgern soll es am jetzigen Standort als offenes Museum eine Identifikationsstätte für alle interessierten Göttinger sein.

Eine 5-vor-Karte an allen Spielstätten und Kinos soll eingerichtet werden. An bedürftige Bürger sowie Flüchtlinge wird diese Karte kurz vor Veranstaltungsbeginn kostenlos abgegeben. Eine optische Unterscheidung der beiden Kartentypen ist nicht möglich.

Kultur im digitalen Wandel

Wir unterstützen die Idee eines virtuellen Städtischen Museums, um den Zugang zu Kultur barrierefrei, ortsunabhängig und für jüngere Menschen attraktiver zu machen. Die Digitalisierung der Bestände des Stadtarchivs soll voran getrieben und finanzielle unterstützt werden, um den Erhalt und die Zugänglichkeit der Schriften zu gewährleisten. Die Findbücher der Stadtarchivs sollten allen Interessierten nach dem Open Access Prinzip frei zugänglich gemacht werden.

Zugang zu Literatur

Der Erhalt und Ausbau der Stadtbibliotheken im Stadtgebiet, den Stadtteilen und insbesondere auf dem Land ist den Piraten ein wichtiges Anliegen. Stadtbibliotheken erfüllen eine wichtige Aufgabe als Begegnungsstätte, zur Leseförderung und für das lebenslange Lernen. Insbesondere die kleineren Kommunen, die nicht ohne weiteres durch Bibliotheken versorgt werden können, sollen durch Bücherbusse an die Literaturversorgung angeschlossen werden. Für das Konzept der „Onleihe“ sollen mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden. Auch das Konzept der Bücherzellen soll ausgeweitet werden, insbesondere auf die Naherholungsgebiete.

Stadtarchiv

Stadtarchive erfüllen in jeder Stadt eine wichtige Aufgabe, die überall öffentlich finanziert wird. Die Piraten haben sich entschieden gegen den Vorschlag der Verwaltung ausgesprochen, den Etat des Stadtarchivs zu kürzen, um mit dem Kunstquartier ein kurzzeitig interessantes Prestigeobjekt zu finanzieren. Nur die Kommune, die ihre Vergangenheit kennt und verantwortlich ihre historischen Schätze kommenden Generationen vererbt,

wird Erfolg darin haben, ihre Zukunft gestalten. Ein Stadtarchiv pfl egt sich nicht von alleine. Hierfür muss Jahr für Jahr ein über viele Jahrzehnte stabiler Etat bereitgestellt werden.

Kunstquartier

Ein Kunstquartier wäre für Göttingen eine kulturelle Bereicherung und wünschenswert. Ein Quartier umfasst ein Areal aus etlichen Häusern mit Freiräumen, in denen sich Kunst und Kultur frei entfalten kann, ähnlich wie in Hamburg, Berlin oder Leipzig.

Was in Göttingen geplant wurde, ist kein Kunstquartier in diesem Sinne. Die Planung umfasst nur zwei Häuser ohne einen Freiraum, der eine Entwicklung zulassen könnte. Es handelte sich vielmehr um ein Prestigeobjekt eines einzelnen Investors, der versucht hatte, langfristige finanzielle Risiken auf die Stadt zu übertragen. Die unseriösen Finanzierungsmodelle waren unser Hauptkritikpunkt an der Kunstquartier-Planung. Es war für uns nicht akzeptabel, den Etat des Städtischen Museums oder gar des Stadtarchivs anzugreifen, um das Kunstquartier-Projekt finanziell abzusichern.

Sollte in Göttingen an anderer Stelle ein tatsächliches Kunstquartier entstehen, werden die Piraten dies gerne unterstützen.

Partnerstädte

Der Erfolg des kulturellen Austauschs und die Weltöffnung Göttingens durch die bestehenden Partnerstädte (Cheltenham, Torun, Pau, Wittenberg) soll ein Anreiz sein, weitere Partnerschaften im Ausland zu bilden, z.B. Qamishlo.

Naherholung, Schwimmstätten

Die vorhandenen Naherholungsflächen im Stadtgebiet und im Landkreis sollen erhalten und für die Nutzung aufgearbeitet werden.

Die erfolgreich genutzte Drachenwiese im Süden Göttingens soll ein Modell für ähnliche Flächen im Norden und Westen sein.

Wir empfinden den Erhalt und die Neuschaffung von öffentlichen Schwimmanstalten als Pflichtleistung der Stadt und des Landkreises. Es ist für die Piraten eine öffentliche Aufgabe, den Schulkindern, Bürgern und den Asylbewerbern die Möglichkeit zu geben, nah am Wohnort schwimmen zu lernen.

Die SparCard der drei Göttinger Schwimmbäder sollte auch das Freibad in Rosdorf einschließen, da für die Bevölkerung in den südlichen Teilen Göttingens das Rosdorfer Freibad viel näher ist als das in Weende.

Rosdorfer Baggersee

Die Piraten werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass im Südteil des Rosdorfer Baggersee das Baden legalisiert und die vorgeschriebene Hygieneuntersuchung vorgenommen wird. Info-Tafeln über die Wassertiefe, das richtige Verhalten beim Baden und die besonderen Gefahren im Nordteil des Sees sollen angebracht werden. Der Rosdorfer Baggersee ist bereits seit Jahrzehnten ein wichtiges Naherholungsgebiet und messbarer Standortfaktor für die Universitätsstadt.

Unser Wunsch nach Legalisierung des Badebetriebs und nach Schaffung geordneter Strukturen hat den Hintergrund, dass wir befürchten, nach Ende des Baggerbetriebs in etwa 20 Jahren könnte plötzlich ein Investor auftauchen - und dann dürfte sehr schnell die kostenlose Bademöglichkeit der Vergangenheit angehören. Nach unseren Vorstellungen sollte nach dem Ende des Kiesabbaus ein Teil des Sees ähnlich wie am Seeburger See unter Naturschutz gestellt werden, ein anderer Teil wie jetzt kostenfrei der Naherholung dienen.

Die Radweg-Verbindung vom Flüthwehr zum See sollte durch den Bau einer kleinen Brücke über die Rase verbessert werden. Wir treten dafür ein, dass der 3 km südlich der Stadt liegende See in erster Linie mit dem Fahrrad erreicht wird.

In diesem Zusammenhang noch der Hinweis, dass das Gelände am Rosdorfer Baggersee bereits vor 475 Jahren staatlich enteignet und seitdem nie wieder privatisiert wurde. Uns wurde unsachlich vorgeworfen, wir würden mit der Forderung nach Aufhebung des Badeverbots privates Eigentum in Frage stellen.

Trinkwasser in der Innenstadt

Wasser ist für die Piraten Gemeingut, deshalb fordern wir die Ausweitung freier Trinkwasserstätten in der Innenstadt, am Campus, am Groner Tor und an den örtlichen Naherholungszielen, wie am Kiessee oder am Bismarckturm, Wilhelmsplatz, Schillerwiesen.



Sport

Als Piraten setzen wir uns für einen Breitensport ein, bei dem Menschen jeder sozialen Herkunft und mit unterschiedlichen Voraussetzungen Sport treiben können. Wir betrachten sportliche Betätigung als wichtigen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge. Kinder und Jugendliche sollen besondere Förderung erfahren, wobei die Förderung des Kleinkindersports weiter ausgebaut werden soll. Bei der Förderung des Kleinkindersports kommt den Kitas eine besondere Aufgabe zu.

Kinder und Jugendliche haben bei den in Göttingen befindlichen Flüchtlingen zahlenmäßig einen wesentlichen Anteil. Zur Integration von Kindern und Jugendlichen kann Sport einen wichtigen Beitrag leisten. Die Bestrebungen von Sportvereinen zur Integration von Kindern und Jugendlichen werden von uns unterstützt.

Die Tätigkeit von Freiwilligen im Rahmen des "Freiwilligen Sozialen Jahres im Sport" wird von uns als wichtiger Beitrag zur Entwicklung des Sports im In- und Ausland gesehen.

Auch legen wir ein besonderes Augenmerk auf den Seniorensport. Wir unterstützen Bestrebungen, Menschen mit oder ohne körperlicher Einschränkung sozial einzubinden und ihre Gesundheit zu fördern.

Wir PIRATEN sehen Breitensport und Spitzensport nicht als Alternativen sondern als zwei Seiten eines Gesamtkonzepts, die nicht in Konkurrenz zueinander geraten dürfen. Der Spitzensport motiviert oft für den Breitensport und ist wichtig für die regionale Wirtschaft - seien es gutgefüllte Bars und Kneipen nach "Spieltagen", oder die vom Sport gebotenen Werbemöglichkeiten für regionale Unternehmen. Jenseits der wenigen stark medienpräsenten Sportarten sind auch im Spitzensport viele Sportler nicht in der Lage, ohne Förderung aus öffentlichen Mitteln von ihrer sportlichen Tätigkeit zu leben. Trotz mehrerer WM-Titel müssen die Frauen der deutschen Fußballnationalmannschaft noch immer einen Beruf ausüben, um ihr finanzielles Überleben zu sichern. Bis eine Sportart von selbst tragfähig ist, braucht sie Förderung, auch kommunal. Wir begrüßen daher den Neubau des neuen Basketballzentrums ebenso wie die Unterstützung des Breitensports in Göttingen. Wir Piraten wollen die Möglichkeit zur Professionalisierung des Sports in der Region weiter vorantreiben, ohne dabei den Breitensport und die Hobbysportler aus den Augen zu verlieren.

Entsiegelung asphaltierter Spazierwege

Die immer weiter zunehmende Tendenz, in den Naherholungsgebieten Fuß- und Radwege zu asphaltieren, sehen wir kritisch. Joggen auf Asphalt ist ungesund und unnatürlich, viele bekommen davon Schmerzen und auf lange Sicht gesundheitliche Schäden. Am Kieselsee hat dies in den letzten Jahren dazu geführt, dass sich die Jogger immer enger auf den letzten verbliebenen unasphaltierten Spazierwegen drängen.

Im Göttinger Wald setzen wir uns dafür ein, die dort nicht mehr benötigten Asphaltwege zu entsiegeln. Die Asphaltdecke ist umweltschädlich, die muss abgefräst und fachgerecht entsorgt werden. Unseren Kindern bringen wir bei, hinter sich aufzuräumen und Orte so zu hinterlassen, wie sie sie vorgefunden haben. Für eine Kommune gilt dasselbe.

Golfplatz

Die Bestrebung, südlich von Geismar einen Golfplatz anzulegen, sehen wir nicht als einen geeigneten Beitrag an, Breitensport zu fördern. Wir haben für unsere Entscheidung sehr genau recherchiert, wie sich die Situation der Golfplätze in Deutschland und Europa entwickelt hat, und empfanden die Verwendung des Begriffs Volksgolfplatz angesichts der hohen Spielpreise als irreführend. Auch in Zukunft werden wir sehr genau hinsehen, an wen genau sich das Angebot wenden soll, wenn derartige Großprojekte vorgeschlagen werden.

Freier Internetzugang

Die Möglichkeit der freien Internetnutzung, immer und überall, gewinnt in unserer Gesellschaft zunehmend an Bedeutung. Eine flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetverbindungen wird immer wichtiger. Länder wie China und Bulgarien haben heute flächendeckend eine deutlich bessere Internetversorgung als ländliche Gebiete in Deutschland, so auch im Landkreis Göttingen.

Bürgernetze sollen ausgebaut und gestärkt werden. Die Piratenpartei setzt sich für eine nutzerfreundliche Regelung ein. Dazu bieten Freifunknetze Entwicklungspotential für bürgerschaftliches Engagement und fördern durch vielfältige Möglichkeiten auch neue kreative Ideen. Um eine Störerhaftung zu umgehen, leiten Freifunk-Initiativen ihren Datenverkehr um. Dieses umständliche Vorgehen kann nur eine vorübergehende Lösung sein: Ziel der Piratenpartei ist es, dass Kommunen und Landkreis freie anonym nutzbare Internetzugänge bereitstellen.

Für den Ausbau des Freifunk-Netzes sollen kommunale Immobilien für die Aufstellung von Freifunk-Routern zugänglich gemacht werden.

Die Stadtverwaltung ist aufgerufen, eine Informationskampagne in der Kommune in Zusammenarbeit mit vor Ort tätigen Aktiven zu initiieren, um Bürger über die Möglichkeiten des Freifunkes zu informieren und für optimale Rahmenbedingungen beim Ausbau des Freifunks zu werben. Die Informationskampagne soll die Vorteile vom bürgerschaftlich getragenen Freifunk herausstellen und die häufig von Unkenntnis geprägten Akzeptanzprobleme abbauen.

Freifunk-Initiativen sind in den kommenden Jahren beim Aufbau einer zukunftsfähigen technischen IT-Infrastruktur zu unterstützen. Die Piratenpartei setzt sich für die Herstellung von Rechtssicherheit auch für private Betreiberinnen und Betreiber offener WLAN-Netze ein.

Energiepolitik

Energie ist das Lebenselixier unserer Zivilisation. Ohne Energieträger keine Industrie, keine moderne Landwirtschaft, keine globale Mobilität von Menschen und Gütern. Die herkömmliche Form der Bereitstellung dieser Energie durch fossile Energieträger (und Uran), auf die bisher unser Wohlstand beruhte, kommt jedoch immer deutlicher an ihre Grenzen: Die Folgen für Klima und Umwelt werden immer unübersehbarer, darüber hinaus und vor allem sind fossile Rohstoffe selbst begrenzt.

Aus diesen Gründen ist die Energiewende die vermutlich wichtigste Aufgabe der Gegenwart.

Geothermie

Wir Piraten begrüßen das Geothermieprojekt der Georg-August-Universität Göttingen. Gerade die Tiefengeothermie birgt bisher ungenutzte Potentiale, ihre Entwicklung und Forschung steckt noch in den Anfängen. Dass Göttingen und seine Universität hier mit innovativen Projekten vorangeht, stärkt den Wissenschaftsstandort und nutzt uns allen. Wichtig ist, die Unterstützung der Göttinger Bevölkerung langfristig sicherzustellen:

- Die im Laufe des Projekts gesammelten Daten zum Göttinger Untergrund müssen der Öffentlichkeit kurzfristig und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden (Open Data).
- Risiken müssen transparent dargestellt und notfalls aus ihnen Konsequenzen gezogen werden. Auch der Abbruch des Projektes darf dabei kein Tabu sein.
- Für den Fall von Schäden muss im Vorfeld sichergestellt werden, dass den Geschädigten schnell und unbürokratisch geholfen wird. Verträge müssen so abgeschlossen werden, dass Verantwortung für Schäden übernommen wird, ohne dass die Geschädigten die Beweislast tragen müssen.

Langfristig könnte sich die flächensparende Tiefengeothermie als Alternative zur auch in der Region umstrittenen flächenintensiven Windenergie erweisen.

Windenergie

Die bislang praktizierte Form der konventionellen Nutzung von Windkraftanlagen in immer gigantischeren Ausmaßen halten wir für nicht mehr zeitgemäß und zu einseitig. Beim Aufstellen neuer Windräder müssen die Interessen von Bürgern, Arten- und Landschaftsschutz und die Notwendigkeit der Energiewende gegeneinander abgewogen werden. Verschiedene Bürgerinitiativen in der Region - wie etwa „Gegenwind“ Groß-Ellershausen/Hetjershausen oder die BI Hoher Hagen - zeigen uns auf, dass es auf Dauer keine Energieversorgung gegen die Bürger geben darf.

Die Forschung bleibt nicht stehen. Es muss Raum bleiben für neue und effizientere erneuerbare Energiegewinnungsformen. Anstatt des Gigantismus immer größerer Windräder brauchen wir regionalisierte Versorgungskonzepte, frühzeitige Bürgerbeteiligung und innovativere Technologien: Windkraft lässt sich zum Beispiel auch durch die deutlich flexibleren und effizienteren Flugwindkraftanlagen (Energiedrachen) nutzen.

Solarenergie

Wir plädieren dafür, den Solarenergieausbau als Alternative zur Windkraft kommunal zu fördern. Stromspeichertechnologien hätten schon seit längerer Zeit viel stärker gefördert werden müssen. Der Vorteil der Solarenergie liegt klar darin, dass keine raumgreifenden Strukturen benötigt werden, sondern dass die vorhandenen Hausdächer ohne gravierende Akzeptanzprobleme genutzt werden können. Weitere Vorteile liegen darin, dass kaum eine dezentralere Energieerzeugung denkbar ist, und dass Transportwege von Erzeuger zum Verbraucher so kurz sind wie bei keinem anderen Energieträger.

Wasserkraft

Auch die Nutzung der Wasserkraft im Landkreis Göttingen lässt sich ausbauen, wie eine Studie der TU Braunschweig im Jahr 2012 feststellte. Technischer Fortschritt ermöglichen den wirtschaftlichen Betrieb bei immer geringerem Gefälle, moderne Hochleistungswasserräder kommen ohne Staustufen aus und vermeiden so negative Folgen für den Lebensraum Fluss.

Das Wasserrad der Stadtwerke an der Gronespring-Quelle war ein kleiner Beitrag, den wir positiv beurteilen. Für ältere Anlagen halten wir den Nachbau von Fischtreppe für wichtig, um die Durchwanderbarkeit der Fließgewässer wieder herzustellen. Hierzu gehört das Leinewehr südlich des Kiesees.

Elektromobilität

Eine wichtige Säule der Energiewende ist der Ausbau der Elektromobilität, mehr dazu unter dem Programmpunkt **Verkehr**.



Soziales

Bedingungsloses Grundeinkommen

Als vielversprechendste Lösung an Stelle unseres jetzigen Sozialsystems sehen wir ein bundesweites oder gar EU-weites bedingungsloses Grundeinkommen an. Hierbei wird jedem Menschen der gleiche monatliche Grundbetrag ausgezahlt. Einnahmen durch Erwerbsarbeit kommen hinzu und werden nicht mit dem BGE verrechnet.

Dafür entfallen Steuerfreibeträge auf Einkommen, staatliche Transferleistungen (ALG II, BAföG, Kindergeld, Grundsicherung im Alter etc.) sowie die damit zusammenhängenden Bedarfsprüfungen. Hierdurch wird der Verwaltungsapparat in hohem Maße reduziert, was einerseits Kosten senkt und andererseits die Abhängigkeit der Bedürftigen vom Gutdünken der Sachbearbeiter beendet. Vor allem hierin liegt der kommunale Aspekt dieser Forderungen, die sich im Grundsatz an die Bundesebene richten.

Zwei entscheidende Punkte bei der Einführung des Grundeinkommens sind dessen Höhe und Finanzierung. Hierzu gibt es bereits mehrere realistische Modelle, wobei wir uns bewusst nicht auf eines festlegen. Wir wollen vielmehr dazu beitragen, die Diskussion über das Grundeinkommen in die Gesellschaft zu tragen, um ein breites Bewusstsein für dessen Wert zu schaffen.

Gutscheine

Die Piraten haben sich in der Vergangenheit unter anderem auch für die Abschaffung der Gutscheine engagiert. Auch in der zukünftigen Ratsperiode werden wir in diesem Sinne weiterarbeiten.

Schulen und Bildung

Wir Piraten gehen Schulpolitik pragmatisch an und halten nichts von Dogmatik in der Bildungspolitik. Grundsätzlich haben wir nichts gegen das dreigliedrige Schulsystem. Piraten legen hohen Wert auf die Eigenverantwortung der Menschen. Die Eltern sollten selbst entscheiden, welche Schulform für ihre Kinder am besten geeignet ist.

Der Schließung einer Schule in Adelebsen haben wir Anfang 2015 im Kreistag zugestimmt, nachdem auch die Eltern sich dafür entschieden hatten, ihre Kinder auf andere Schulen zu schicken. Anfang 2016 hatte die CDU im Göttinger Stadtrat beantragt, Hauptschulen, die kaum noch nachgefragt wurden, für Flüchtlingskinder mit schlechten Deutschkenntnissen wieder zu eröffnen. Doch Intelligenz macht sich nicht an Sprachkenntnissen fest. Wichtig wäre eine Vermittlung von Grundlagen, um den höheren Bildungsweg einschlagen zu können. Die Hauptschule allein würde diese Funktion kaum übernehmen können. Da die CDU nicht nachweisen konnte, dass die Hauptschulen eine Perspektive haben, haben wir gegen den Antrag gestimmt.

